

## Niederschrift



Gremium: **35. Sitzung des Kreistages**  
Sitzungsdatum: **Montag, den 24.03.2014**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**  
Beginn: 9:00 Uhr Ende: 11:14 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

**Mitglieder:**

Walter Aumann	
Peter Baumeister	entschuldigt
Peter Bergmeir	
Friedlinde Besserer	
Dr. Markus Brem	
Hannelore Britzlmair	entschuldigt
Manfred Buhl	
Hans-Peter Dangl	
Silvia Daßler	
Konrad Dobler	
Renate Durner	
Hansjörg Durz	
Marlies Fasching	
Franz Fendt	entschuldigt
Markus Ferber	
Annemarie Finkel	
Anni Fries	
Ludwig Fröhlich	
Dieter Gerstmayr	
Hannes Grönninger	
Sabine Grünwald	
Harald Güller	
Bernhard Hannemann	bis 10:03 Uhr
Johann Häusler	
Dr. Michael Higl	
Sabine Höchtl-Scheel	
Ulrike Höfer	
Peter Högg	
Fritz Hölzl	
Gabriele Huber	
Karl Heinz Jahn	
Ursula Jung	
Pius Kaiser	
Annegret Kirstein	bis 11:03 Uhr

Henriette Kirst-Kopp  
Georg Klaußner  
Alexander Kolb  
Hubert Kraus  
Norbert Krix  
Rudolf Lautenbacher  
Albert Lettinger  
Heinz Liebert  
Gerhard Mößner  
Bernd Müller entschuldigt  
Lorenz Müller  
Franz Neher  
Dr. Manfred Nozar entschuldigt  
Gabriele Olbrich-Krakowitz  
Jürgen Reichert  
Paul Reibacher  
Gerhard Ringle  
Eva Rößner  
Alfred Sartor  
Jürgen Schantin entschuldigt  
Joachim Schoner  
Peter Schönfelder bis 11:03 Uhr  
Franz Settele  
Stefan Steinbacher entschuldigt  
Robert Steppich  
Max Strehle  
Dr. Simone Strohmayr entschuldigt  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner  
Otto Völk  
Karl-Heinz Wagner  
Bernhard Walter  
Mathilde Wehrle  
Frank Weiher  
Robert Wittmann  
Peter Ziegelmeier

**Verwaltung:**

Ulrich Gerhardt  
Dr. Walter Michale  
Jürgen Pabel  
Günther Prestele  
Michael Püschel  
Sabine Schneider-Dempf  
Kerstin Zoch

**Weitere Anwesende:**

Olaf von Hoerschelmann und Adreas Mayr, AVV GmbH

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Abfallwirtschaftsbetrieb  
Jahresabschluss zum 31.12.2012;  
- Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV  
- Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO  
Vorlage: 14/0041
2. Abfallwirtschaftsbetrieb  
Wirtschaftsplan 2014  
a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014  
b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg  
gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Satzung  
Vorlage: 14/0042
3. Kreishaushalt 2014;  
Erlass der Haushaltssatzung  
Vorlage: 14/0043
4. Augsburger Verkehrsverbund GmbH  
Änderung des Gesellschaftsvertrags  
Vorlage: 14/0039
5. Bekanntgabe von dringlichen Anordnungen
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

**Landrat Sailer** spricht folgende Glückwünsche aus:

- 60. Geburtstag Kreisrat und Bürgermeister Peter Ziegelmeier aus Fischach am 16. Januar, Mitglied des Kreistages seit 2008
- 70. Geburtstag Kreisrätin a. D. Elisabeth Zerfaß aus Königsbrunn am 16. Januar, Mitglied des Kreistages vom 1990-2002
- 60. Geburtstag Kreisrat und Bürgermeister Otto Völk aus Diedorf am 5. Februar, Mitglied des Kreistages seit 2008
- 65. Geburtstag Kreisrat a. D. Albert Rieger aus Metingen am 28. Februar, Mitglied des Kreistages von 1984-2008
- 65. Geburtstag Kreisrat Franz Settele aus Langenneufnach am 10. März, Mitglied des Kreistages seit 1996
- 85. Geburtstag Kreisrat a. D. Karl Storzer aus Metingen am 17. März, Mitglied des Kreistages von 1978-1990
- 75. Geburtstag Kreisrat a. D. und Kreisheimatpfleger Prof. Dr. Walter Pötzl am 23. März, Mitglied des Kreistages von 1972-2008
- Kreisrat Albert Lettinger zum heutigen Geburtstag

## Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1</b>	<b>Abfallwirtschaftsbetrieb</b> <b>Jahresabschluss zum 31.12.2012;</b> <b>- Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV</b> <b>- Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO</b> <b>Vorlage: 14/0041</b>
--------------	--

### Anlagen:

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang mit Anlagennachweis und Lagebericht zum 31.12.2012 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg

## Sachverhalt:

### 1. Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV:

Der Jahresabschluss 2012 wurde dem Werkausschuss über den Landrat in der Sitzung am 20.06.2013 gemäß § 25 Abs. 1 EBV i. V. m. § 10 Abs. 2 der Betriebssatzung vorgelegt. Anschließend wurde dieser in das handels- und kommunalrechtlich vorgeschriebene Prüfungsverfahren verwiesen.

Inzwischen ist sowohl die Abschlussprüfung (durchgeführt vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband – BKPV) als auch die örtliche Prüfung (durchgeführt von Prüfungsausschuss und Kreisrechnungsprüfungsamt) abgeschlossen. Die dabei im Rahmen der beiden Prüfungsberichte erteilten **Bestätigungsvermerke** haben folgenden Wortlaut:

#### Bestätigungsvermerk des **Abschlussprüfers** vom 08.07.2013:

*„Die Buchführung und der Jahresabschluss für das Jahr 2012 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften und der Betriebssatzung. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss; die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden geprüft; sie geben keinen Anlass zu Beanstandungen.“*

#### Prüfungsbestätigung zur **örtlichen Prüfung** vom 10.10.2013:

*„Die Jahresrechnung und der Jahresabschluss 2012 wurden im Rahmen der Art. 89 und 92 LKrO geprüft. Die Prüfung erfolgte stichprobenweise. Der Prüfung lagen hierzu der vom Wirtschaftsprüfer, Max Reisch, 86830 Schwabmünchen, erstellte Bericht vom 28.05.2013 mit den in der EBV und dem HGB geforderten Inhalten und Anhang sowie der Bericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes über die Abschlussprüfung vom 08.07.2013 zu Grunde.*

*Prüfungserinnerungen oder wesentliche Mängel, die einer Feststellung des Jahresabschlusses 2012 entgegenstehen, hat die Prüfung nicht ergeben.*

*Der weitere verfahrensrechtliche Weg im Sinne des § 25 Abs. 3 EBV und Art. 88 Abs. 3 LKrO (Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und entsprechende Entlastung) über den Werkausschuss im Kreistag kann beschritten werden.“*

Das **Jahr 2012** schließt somit **zum 31.12.2012** mit

einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **4.955.813,79 €**

und einer **Bilanzsumme** in Höhe von **61.501.779,84 €**.

Gemäß § 25 Abs. 3 EBV ist nun **vom Kreistag** über

- die **Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012** und
- die **Behandlung des Jahresüberschusses 2012**

**zu beschließen.**

Der Werkausschuss hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung vom 05.12.2013 behandelt und dem Kreistag empfohlen, den Jahresabschluss 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg gemäß § 25 Abs. 3 EBV festzustellen und den Jahresüberschuss des Jahres 2012 in Höhe von 4.955.813,79 € der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Die **Zuführung des Jahresüberschusses 2012 zur Allgemeinen Rücklage** führt im Jahr der Beschlussfassung zu einer entsprechenden Erhöhung der Bilanzposition „Allgemeine Rücklage“ und gleichzeitig zu einer entsprechenden Reduzierung der Bilanzposition „Gewinnvortrag“. Beide Positionen gehören dem auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital an.

## **2. Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO:**

Gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO beschließt der Kreistag ebenfalls nach Abschluss der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses über die Entlastung. Mit der Entlastung stellt der Kreistag fest, dass der Landrat und die Werkleitung ordnungsgemäße Haushaltswirtschaft und Wirtschaftsführung betrieben haben.

Der Werkausschuss hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung vom 05.12.2013 behandelt und dem Kreistag empfohlen, die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für das Wirtschaftsjahr 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg zu erteilen.

Der Sachverhalt wird von **Frau Schneider-Dempf** dargestellt.

### Beschluss:

1. Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 05.12.2013 stellt der Kreistag den Jahresabschluss zum 31.12.2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg gemäß § 25 Abs. 3 EBV fest und beschließt gleichzeitig, den Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 4.955.813,79 € der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	62
Nein-Stimmen:	0

2. Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 05.12.2013 erteilt der Kreistag die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für das Wirtschaftsjahr 2012 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

Landrat Sailer beteiligt sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 2.

**TOP 2    Abfallwirtschaftsbetrieb  
Wirtschaftsplan 2014  
a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014  
b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg  
gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung  
Vorlage: 14/0042**

### Sachverhalt:

#### **a) Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014**

Gemäß § 5 Abs. 2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 18.07.2011 ist der Werkausschuss für die Beratung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Kommunale Abfallwirtschaft zuständig. Der Werkausschuss hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 (bestehend aus dem Erfolgs-, dem Vermögens- und dem Finanzplan) in der Sitzung am 05.12.2013 behandelt und dem Kreistag die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014 gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung empfohlen. Über den Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2014, der Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, hat der hierfür zuständige Ausschuss für Personal, EDV und Organisation am 20.11.2013 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der beiliegende Wirtschaftsplan enthält neben der Zusammenfassung und dem Vorbericht (Seiten I bis XXV) den Erfolgsplan (Seiten 1 bis 8), den Vermögensplan (Seite 9), den Stellenplan (Seiten 10 und 11), den Finanzplan (Seiten 12 und 13) sowie die Erläuterungen (Seiten 14 bis 24).

Die einzelnen Ansätze orientieren sich in der Regel an der Prognose für das Jahr 2013 unter Würdigung der Ergebnisse des Vorjahres und der schon jetzt bekannten Veränderungen des Jahres 2014. Die einzelnen Ansätze sind in der Anlage erläutert.

Der Erfolgsplan 2014 schließt in den Erträgen mit 19.251.100 € und in den Aufwendungen mit 20.257.100 € und damit mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von - 1.006.000 €.

Maßgeblich beeinflusst wird das Planergebnis 2014 allerdings durch den Verbrauch der neuen Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2011 bis 2013. Diese Rückstellung ist aufgrund der vom Kreistag im Jahr 2013 beschlossenen Senkung der Abfallgebühren zum 01.01.2014 in den Jahresabschluss 2013 einzustellen. Der bedarfsgerechte Verbrauch dieser Rückstellung ab dem Jahr 2014 ff. führt zu entsprechenden Mehrerträgen, die sich ergebnisverbessernd auswirken werden. Bereinigt man diesen Sondereffekt, der im Erfolgsplan bei den Umsatzerlösen dargestellt ist, heraus, würde sich für das Planjahr 2014 ein Jahresfehlbetrag von rund - 4,9 Mio. € ergeben. Wie im Vermögensplan 2014 dargestellt, wird dieses Jahresergebnis durch eine entsprechende Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen.

Zu den Ansätzen bzw. zur Entwicklung der weiteren Positionen des Erfolgsplanes 2014 im Einzelnen darf an dieser Stelle auf die jeweils zugehörigen Erläuterungen auf den Seiten 14 ff. der Anlage verwiesen werden.

Im Vermögensplan sind die geplanten Investitionen und die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen dargestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 8.722.700 €.

Die Ausgabeansätze für die Wertstoffinseln und die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Wertstoffsammelstellen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Der Ansatz für Betriebs- und Geschäftsausstattung umfasst auch Mittel für den Erwerb weiterer BioEnergieTonnen. Für die Verbesserung der Wertstoffsammelstellen sind 300.000 € vorgesehen. Damit kann auch im Jahr 2014 an mehreren Wertstoffsammelstellen vor allem in die zum Teil dringend notwendige Befestigung der Stell- und Verkehrsflächen investiert werden sowie die Neuerrichtung in Gersthofen und Meitingen gefördert werden. Für den Erwerb eines Geschäftsanteils an der AVA GmbH sind darüber hinaus 2,765 Mio. € eingeplant.

Bei den Zuführungen zu den einzelnen Rücklagen handelt es sich um die Erhöhung der entsprechenden Rückstellungen gemäß Erfolgsplan bzw. bei der Rücklage Klärschlamm-trocknung um die anteilige Tilgung der im Jahr 2012 für den Kauf der BioEnergieTonnen verauslagten Mittel und die Zuführung der zweckgebunden erwirtschafteten Zinserträge.

Demgegenüber müssen auf der Einnahmeseite aus der frei bewirtschaftbaren Rücklage Klärschlamm-trocknung Mittel entnommen werden, weil die tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals der AVA GmbH die nach dem Kommunalabgabengesetz zulässige kalkulatorische Verzinsung übersteigt. Weiter sollen aus dieser Rücklage auch die im Kreis-haushalt 2014 des Landkreises Augsburg veranschlagten Kostenerstattungen für Altlasten-anierungen getragen werden. Es handelt sich hierbei um eine Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg, die gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf (siehe b)). Die Höhe der Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage im Jahr 2014 errechnet sich letztlich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes 2014.

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Vermögensplans der Jahre 2013 bis 2017. Aufgrund der Senkung der Abfallgebühren zum 01.01.2014 werden im Kalkulationszeitraum 2014 bis 2016 jährliche Entnahmen aus der

Gebührenausschleichsrücklage erforderlich sein, um den dann notwendigen laufenden Bedarf decken zu können.

Die Ergebnisse des Wirtschaftsplanes für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg für das Jahr 2014 werden in die Haushaltssatzung des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2014 übernommen.

**b) Beschluss über die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung**

Der vom Kreistag zu beschließende Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 (vgl. a)) enthält im Vermögensplan 2014 einen aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu entnehmenden Ausgabeansatz in Höhe von 72.600,00 € als Kostenersatz an den Landkreis Augsburg für die Sanierung von Altlasten. Korrespondierend dazu enthält der Haushaltsplan des Landkreises Augsburg für das Jahr 2014 einen Einnahmeansatz in Höhe von 72.600,00 €.

Für derartige Eigenkapitalentnahmen durch den Landkreis bedarf es (einer Anmerkung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes – BKPV – im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 zufolge) einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung.

Die exakte Höhe des an den Landkreis Augsburg für das Jahr 2014 zu leistenden Kostenersatzes wird erfahrungsgemäß erst kurz vor Ende des Jahres 2014 bezifferbar sein. Zeitlich wird es dann allerdings nicht mehr möglich sein, die entsprechende Zustimmung des Kreistags (incl. Vorberatung durch den Werkausschuss) noch vor Auszahlung an den Landkreis Augsburg und vor Ende des Wirtschaftsjahres 2014 einzuholen. Aus diesem Grund hat der Werkausschuss dem Kreistag in der Sitzung vom 05.12.2013 empfohlen, bereits jetzt schon die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung zu erteilen, und zwar „in Höhe der der tatsächlich im Haushaltsjahr 2014 anfallenden Kosten, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2014 veranschlagten Ausgabeansatzes“. Diese, mit dem BKPV abgestimmte Vorgehensweise hat sich bereits seit dem Jahr 2010 bewährt.

Der tatsächliche Höhe der Eigenkapitalentnahme 2014 wird im Rahmen unseres kaufmännischen Jahresabschlusses zum 31.12.2014 in der Bilanzposition Allgemeine Rücklage als „Entnahme durch den Landkreis Augsburg für Altlastensanierung“ verbucht bzw. dargestellt werden.

**Herr Prestele** führt aus, die Werkleitung könne dem Kreistag auch für das Jahr 2014 einen Wirtschaftsplan vorlegen, der die seit Jahren anhaltende Erfolgsgeschichte der kommunalen Abfallwirtschaft für ein weiteres Jahr fortschreibe.

Der Erfolgsplan, der alle im kommenden Jahr zu erwartenden Erträge und Aufwendungen darstelle, schließe in den Erträgen mit 19.251.100 € und in den Aufwendungen mit 20.257.100 € und damit mit einem Jahresfehlbetrag von 1.006.000 € ab. Maßgeblich beeinflusst werde dieses Planergebnis allerdings durch den Verbrauch der neuen Rückstellung für die Rückgewähr von Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2011 bis 2013. Diese Rückstellung sei aufgrund der vom Kreistag im Jahr 2013 beschlossenen Senkung der Abfallgebühren zum 01.01.2014 in den Jahresabschluss 2013 einzustellen. Der bedarfsgerechte Verbrauch dieser Rückstellung führe ab dem Jahr 2014 ff. zu einer entsprechenden buchhalterischen Erhöhung der jeweiligen Jahresergebnisse. Bereinige man diesen Sondereffekt heraus, errechne sich für das Planjahr 2014 ein operatives Jahresergebnis von rd. - 4,9 Mio. €. Wie im Vermögensplan 2014 dargestellt, werde dieses Jahresergebnis durch eine entsprechende Entnahme aus der Gebührenausschleichsrücklage ausgeglichen.



Der Vermögensplan, der die geplanten Investitionen sowie die Bewirtschaftung der zweckgebunden angelegten Rücklagen darstelle, schließe in Einnahmen und Ausgaben mit 8,7 Mio. €. Gespeist werde dieser auf der Einnahmenseite durch die Abschreibungen und durch die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen. Auf der Ausgabenseite stünden Investitionen auf den Wertstoffsammelstellen und Wertstoffinseln an. Außerdem seien dort der Jahresfehlbetrag aus dem Erfolgsplan 2014, der Verbrauch der langfristigen Rückstellungen, die Zuführungen zu den Rücklagen – in der Regel erfolgen diese aus den erwirtschafteten Zinsen – sowie die Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis für Altlastensanierungen veranschlagt.

Der Stellenplan des Abfallwirtschaftsbetriebes weise 5 Beamten- und 9 Beschäftigtenstellen aus. Umgerechnet auf Ganztagsstellen und ohne die bereits in der Freistellungsphase befindlichen Mitarbeiter in Altersteilzeit verfüge der Abfallwirtschaftsbetrieb derzeit über 9,5 Vollzeitstellen. Der Personalaufwand für die Verwaltung betrage 3 % der Ausgaben im Erfolgsplan und könne somit seit Jahren auf einem erfreulich niedrigen Niveau gehalten werden.

Die in vorausschauender Weise schon über viele Jahre angesammelten Rücklagen würden dem Abfallwirtschaftsbetrieb die notwendige Gebührenstabilität verleihen, insbesondere für die in der Zukunft liegenden Aufgaben im Bereich der Nachsorge für die Deponie Gallenbach und ab dem Jahr 2014 auch für Hegnenbach. Der Jahresabschluss 2013 liege derzeit noch nicht vor mit der Folge, dass der endgültige Stand der Rücklagen zum 31.12.2013 derzeit noch nicht exakt beziffert werden könne. Einer Hochrechnung der Rücklagenstände zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2014 zufolge werden die Rücklagen zum 31.12.2013 einen Stand von voraussichtlich 41 Mio. € erreichen. Am bedeutendsten sei dabei die Rücklage Hegnenbach mit rd. 18,6 Mio. €, gefolgt von der Gebührenausgleichsrücklage mit dann rd. 10,2 Mio. €, der Rücklage Gallenbach mit rd. 5,8 Mio. € und der Klärschlamm-trocknungsrücklage mit rd. 5,2 Mio. €. Die Rücklagen für Pensionsrückstellungen, Beihilfen und die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen würden rd. 1 Mio. € ausmachen. Das Stammkapital betrage unverändert 0,5 Mio. €.

Der Finanzplan 2014 gebe einen Überblick über die Entwicklung des Vermögensplanes der Jahre 2013 bis 2017. Ein Großteil der Ausgaben und Deckungsmittel werde sich dem Finanzplan zufolge auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig konstant entwickeln. Die Jahre 2014 bis 2106 seien hauptsächlich beeinflusst durch das Abschmelzen der Gebührenausgleichsrücklage aufgrund der – wie schon erwähnt – zum 01.01.2014 erfolgten Senkung der Abfallgebühren.

Zusammenfassend stellt Herr Prestele fest, dass die Finanzausstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes als traditionell solide bezeichnet werden kann. Die Tatsache, dass die Müllgebühren im Jahr 2014 schon zum fünften Mal in Folge gesenkt werden konnten, sei ein deutlicher Hinweis dafür. Trotz des deutlich verbesserten Leistungspaketes bewege man sich inzwischen auf dem Müllgebührenniveau des Jahres 1992. So habe der Landkreis inzwischen ein bequemes, effizientes und preisgünstiges Holsystem, bestehend aus der grauen Restmülltonne, der braunen BioEnergieTonne, den blauen und grünen Altpapier-tonnen und dem Gelben Sack. Ergänzt werde dieses feingliedrige Angebot durch ein leistungsfähiges Bringsystem mit 53 Wertstoffsammelstellen und rd. 275 Wertstoffinseln. Hier könnten 18 verschiedene Materialien aus Haushalt und Handwerk bzw. Kleingewerbe abgeliefert werden. Insgesamt wurden in 2013 rd. 40.000 t Haus- und Sperrmüll, 28.000 t Bioabfall, 17.000 t Wertstoffe, 10.000 t Papier und Pappe, 6.000 t Behälterglas und 6.000 t Leichtverpackungen erfasst. Das gesamte Abfallaufkommen habe in 2013 rd. 107.000 t bzw. knapp 450 kg pro Einwohner betragen. Dies sei eine Steigerung um fast 100 kg gegenüber dem Vorjahr und mit der Einführung der BioEnergieTonne zu begründen. Hinzu kämen allerdings noch die Grüngutmengen, die von den Gemeinden selbst erfasst werden.

Aus heutiger Sicht habe man alle Vorkehrungen für die nähere und weitere Zukunft getroffen – sowohl konzeptionell wie auch finanziell bzw. finanzwirtschaftlich. Die neue Sickerwasserreinigungsanlage auf der Kläranlage Zusamzell konnte termingerecht noch in 2013 in Betrieb genommen werden. Für heuer stehe nur noch die Schlussrechnung aus. Der Kostenrahmen werde eingehalten. Die planmäßige Endverfüllung der Deponie Hegnenbach wurde ebenfalls zum Jahresende 2013 erreicht. Die sich nun anschließende Abdichtung der Deponie werde in wenigen Wochen baulich in Angriff genommen. Die Entsorgungssicherheit der Deponieabfälle sei auch nach dem Wegfall der Deponie Hegnenbach weiterhin vorhanden, und zwar durch interkommunale Zusammenarbeit mit dem ZAK Kempten, dem Landkreis Ostallgäu und ab 2015 mit der Stadt Augsburg.

Die Abfallverwertungsanlage in Lechhausen werde mit Beginn des nächsten Jahres wieder in kommunaler Regie geführt. Die seit Jahren auf der Agenda stehenden Verbesserungen auf den Wertstoffsammelstellen würden Zug um Zug weitergeführt. Die Abfallgebühren bleiben aus heutiger Sicht stabil.

Mit dem heute vorliegenden Wirtschaftsplan 2014 habe sich der Werkausschuss am 05.12.2013 in Bezug auf den Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan 2014 sowie der Personalausschuss am 20.11.2013 mit dem Stellenplan befasst und diesen dem Kreistag zur Verabschiedung empfohlen. Darüber hinaus habe der Werkausschuss dem Kreistag ebenfalls am 05.12.2013 empfohlen, der im Wirtschaftsplan 2014 veranschlagten Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung bis zur Höhe des Ausgabeansatzes von 72.600 € zuzustimmen, nachdem es hierfür nach der Betriebssatzung einer gesonderten Beschlussfassung bedürfe. Hier gehe es um die Finanzierung von Aufwendungen des Landkreises für die Beseitigung von Altlasten. Um entsprechende Beschlussfassung werde somit gebeten.

Mit dem Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten sechs Jahren schließt Herr Prestele seine Ausführungen.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** kommt auf die Aussage von Herrn Prestele zu sprechen, wonach die Steigerung der Müllmenge auf den Biomüll zurückzuführen ist. Sie möchte wissen, wie die Entwicklung bei den anderen Müllfraktionen aussieht. Man müsse nicht nur die Gebühr, sondern das Abfallaufkommen an sich im Blick behalten, das man versuchen sollte zu senken.

**Herr Prestele** informiert über eine rückläufige Entwicklung bei der Fraktion Hausmüll von rd. 18 kg pro Einwohner und Jahr seit Einführung der Biotonne. Hier sei mit Sicherheit noch Luft nach oben vorhanden. Dies bedürfe einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit, die man mit Jahresbeginn in allen Medien wieder neu gestartet habe. Die Tendenz gehe auf jeden Fall deutlich nach unten. Die übrigen Fraktionen seien recht stabil. Auf den Wertstoffsammelstellen habe man in den letzten Jahren immer ca. 19.000 t Wertstoffe erfasst. Dies sei etwas weniger als vor Implementierung der Papiertonne. Die Biomüllmenge sei von 8 kg pro Einwohner und Jahr auf rd. 116 kg angestiegen.

**Beschluss:**

- a) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 05.12.2013 und des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation vom 20.11.2013 beschließt der Kreistag die Feststellung des als Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Wirtschaftsplanes 2014 (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung).
- b) Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 05.12.2013 erteilt der Kreistag die Zustimmung zur Eigenkapitalentnahme durch den Landkreis Augsburg aus der Rücklage Klärschlamm-trocknung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg in Höhe der tatsächlich im Haushaltsjahr 2014 anfallenden Kosten für Altlastensanierungen, höchstens jedoch bis zur Höhe des im Wirtschaftsplan 2014 veranschlagten Ausgabeansatzes von 72.600,00 € (§ 6 Abs. 1 Nr. 7 der Betriebssatzung).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	62
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 3</b>	<b>Kreishaushalt 2014; Erlass der Haushaltssatzung Vorlage: 14/0043</b>
--------------	---

Anlage: 1 Haushaltssatzung

**Sachverhalt:**

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2014 wurde nach Beratung in den Fachausschüssen am 17.02.2014 abschließend im Kreisausschuss behandelt. Die beschlossenen Veränderungen sind in den Sitzungsprotokollen festgehalten.

Die Landkreisverwaltung wurde dabei beauftragt, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 vorzulegen. Hierbei ist ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 49,75 % zu berücksichtigen.

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2014 sind daher folgende Haushaltsansätze zu berücksichtigen

eine Kreisumlage in Höhe von	102.322.100 € (Hebesatz: 49,75 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von	1.892.900 €
davon	
• allgemeine Rücklage	-
• Sonderrücklage Betriebs- verluste Klinikum	1.867.900 €
• Stiftungsrücklage	25.000 €
eine zusätzliche Rücklagenzuführung in Höhe von	1.850.200 €

eine Kreditaufnahme in Höhe von		27.978.900 €
davon		
• für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.285.500 €	
• für Umschuldungen	1.693.400 €	

Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	73.133.800 €
--	--------------

Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten liegenden Grundbesitz	
• Grundsteuer A	300 v. H.
• Grundsteuer B	300 v. H.
• Gewerbesteuer	320 v. H.

Höchstbetrag der Kassenkredite	3.000.000 €
--------------------------------	-------------

**Landrat Sailer** hält folgende Rede:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben arbeitsintensive Wochen hinter uns. Die vergangenen Monate waren geprägt von den Haushaltsberatungen. Jeder Ausschuss hat in mehreren Lesungen über die finanziellen Planungen des Landkreises Gedanken gemacht. Wir haben hinterfragt und sorgfältig abgewogen. Das Ergebnis liegt nun vor. Der Haushalt 2014 solle heute abschließend beraten und besprochen werden.

Im Verwaltungshaushalt sind dieses Jahr 186,7 Millionen Euro veranschlagt. Der Vermögenshaushalt ist mit 42,3 Millionen Euro geplant. Das ergibt ein Gesamthaushaltsvolumen von knapp 230 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir investieren so viel wie nie. Nämlich rd. 34 Millionen Euro allein in diesem Jahr. Gemeinsam haben wir beschlossen, die gute Ausgangslage des Landkreises und den konjunkturellen Aufschwung zu nutzen, um das Augsburgs Land weiter nach vorne zu bringen. Unser anspruchsvolles Investitionspaket kommt heuer – wie auch schon in den vergangenen Jahren – vor allem unseren Schulbaumaßnahmen zugute. Wir stecken einen dreistelligen Millionenbetrag in die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen und setzen als Bildungslandkreis in Bayern ein wichtiges Zeichen. Aber selbstverständlich kümmern wir uns auch um eine gute Verkehrsinfrastruktur und investieren 4,1 Millionen Euro in Straßenbaumaßnahmen. Für die Krankenhausversorgung geben wir 1,6 Millionen Euro aus.

Besonders freue ich mich in diesem Jahr, dass wir uns darauf einigen konnten, erneut eine Sonderrücklage sicherzustellen, die gewährleistet, dass wir beispielsweise unsere Schulden möglichst zeitnah wieder tilgen können. 1,85 Millionen Euro werden heuer zusätzlich vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt zugeführt. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns auch in den kommenden Jahren erfolgreich um eine wachsende Rücklage bemühen, damit wir die Verschuldung des Landkreises in einem verantwortlichen Rahmen halten können. Nur so können wir uns unser anspruchsvolles Investitionspaket langfristig leisten, denn unsere Schulden dürfen nicht zur Belastung für die Zukunft werden.

Unter diesem Aspekt müssen wir selbstverständlich auch die Bedürfnisse unserer Städte, Märkte und Gemeinden betrachten. Bereits seit 2012 haben wir einen stabilen Hebesatz bei der Kreisumlage und können den Gemeinden damit eine verlässliche Rechengröße an die Hand geben und damit Planungssicherheit sicherstellen. So kann auch der Landkreis aktiv dazu beitragen, den Handlungsspielraum der Kommunen zu erhalten und dem Fortschritt auch in den ländlichen Regionen entsprechend Raum zu geben.

Einen gewaltigen Betrag im Verwaltungshaushalt des Landkreises macht die Bezirksumlage aus. Diese kostet uns in diesem Jahr 47,1 Millionen Euro. Obwohl der Hebesatz um einen Prozentpunkt gesenkt wird, sind das rund 1 Million Euro mehr als noch 2013. Der Grund dafür ist die deutlich höhere Umlagekraft. Wie Sie alle wissen, wird dieses Geld nahezu vollständig für soziale Zwecke verwendet. Doch auch an anderer Stelle kümmert sich der Landkreis Augsburg um diejenigen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind: Unterhaltssicherung, Sozialhilfe, Bildung und Teilhabe, Hartz IV, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Ausgaben für soziale Sicherung haben den größten Anteil am Gesamthaushalt des Landkreises und belaufen sich auf etwa 54 Millionen Euro. Dazu zählen die Sozialhilfe einschließlich Grundsicherung und die Jugendhilfe – Personal mit eingerechnet.

Ein weiterer großer Posten im Verwaltungshaushalt sind die Personalkosten. Diese belaufen sich in diesem Jahr auf etwa 29 Millionen Euro. Hierin haben wir mit einer Tarifierhöhung um 2,95 % kalkuliert. Wie wir den Medien aber in diesen Tagen entnehmen können, fordert die Gewerkschaft Verdi aktuell 100 Euro pauschal plus eine Erhöhung um 3,5 %. Eine derartige Steigerung ist in unserem Haushalt noch nicht berücksichtigt. Sie sehen also, wir haben auch hier wieder knapp kalkuliert.

Betrachten wir auch noch die Krankenversorgung im Landkreis:

Hier befinden wir uns aktuell in einer sehr wichtigen Entwicklungsphase – besonders, was das Klinikum betrifft. Alle Zeichen stehen auf Uniklinik. Ministerpräsident Horst Seehofer steht hinter der Aufwertung des Klinikums zur Uniklinik und hat dieses Projekt damit für uns in greifbare Nähe gerückt. Aktuell erarbeiten mehrere Arbeitsgruppen ein Konzept für die Umsetzung und ich bin mir sicher, dass diese Entwicklung sich positiv für alle Beteiligten auswirken wird. Patienten, Personal und der Landkreis Augsburg als einer der Träger können davon nur profitieren.

In der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat uns das Klinikum lange hohe finanzielle Belastungen eingebracht. Doch ist es uns gelungen, dies nachhaltig zu ändern, so dass das Haus seit mehreren Jahren schwarze Zahlen schreibt und auch im Hinblick auf die laufende Generalsanierung und das Mutter-Kind-Zentrum positiv in die Zukunft schauen kann.

Ebenso erfreulich entwickelt sich das Kommunalunternehmen Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen. Die letzten Jahresbilanzen fielen positiv aus. Für die Menschen im Süden des Augsburger Landes sind diese beiden Kliniken eine wichtige Anlaufstelle und der Landkreis kann hier erneut aktiv etwas für seine Bürgerinnen und Bürger tun.

Auch die Abfallverwertungsanlage AVA hat sich gut entwickelt und geht inzwischen beispielsweise mit der Braunen BioEnergieTonne ganz neue Wege der Entsorgung. Durch den Rückkauf der AVA-Anteile der Lechwerke ist die AVA ab 2015 zudem wieder komplett in kommunaler Hand, was Handlungsspielräume auch in Bezug auf mögliche Energieerzeugung in der Zukunft schafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, für die konstruktiven Diskussionen in den vergangenen Wochen möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken. Ihre Anregungen und Vorschläge wurden in den Haushalt eingearbeitet. Ganz besonders möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Kreisfinanzverwaltung, allen voran bei unserem Kämmerer Martin Seitz, sowie bei den Protokollführerinnen, die uns in vielen Sitzungen entsprechend unterstützt haben, bedanken. Ich bitte nun um die Einschätzungen der Fraktionen und erteile Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort.“

**Kreisrat Liebert** möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, um all denjenigen zu gratulieren, die als Gemeinde-, Markt- oder Stadträte, als Bürgermeister oder als Kolleginnen und Kollegen in den Kreistag von Augsburg gewählt wurden. Ganz besonders wolle er Landrat Sailer zu seinem überragenden Wahlergebnis gratulieren, das aus dem Wahlergebnis aller zehn Landräte in Schwaben heraussteche. Dieses Wahlergebnis sei aus Sicht der CSU-Fraktion dazu geeignet, um mit Landrat Sailer an der Spitze den Landkreis auch in den nächsten sechs Jahren weiterhin offensiv und fortschrittlich nach vorne zu bewegen.

Zum Stichwort „den Landkreis nach vorne bewegen“ wolle er ein paar Bemerkungen machen. Der Haushalt 2014 sei gut dazu geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Die Frage sei zunächst, wie das Umfeld aussehe. Deutschland fahre Exporterfolge ein. Die Zahl der Erwerbstätigen erreiche einen neuen Rekord. Die Finanzkrise konnte der Wirtschaft kaum etwas anhaben. Man spreche sogar vom Arbeitsmarktwunder, und das – dies sei das Bemerkenswerte daran – zehn Jahre, nachdem Deutschland als kranker Mann Europas titulierte worden sei. Die Frage sei, ob nun alles gut sei. Er meine nein, weil die belastenden Schulden der öffentlichen Hand immer noch 2,1 Billionen Euro betragen. Zuversichtlich stimme dabei die Absicht des Bundes, den Haushalt ab 2015 ohne Schulden auszugleichen. In Bayern sei es ohnehin schon Tradition, dass der Haushalt ohne Schulden abgeglichen werden könne.

Kreisrat Liebert wirft die Frage auf, wie es hier im Landkreis Augsburg aussieht. Der Landkreis sei eindeutig ein Produktionslandkreis. Man habe innovative Unternehmen, leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein steuerlich annehmbares Umfeld. Was man dazu auch brauche – und darauf lege er großen Wert – seien finanzierbare und sichere Energien. Vor allem letzteres müsse in Anbetracht des Herumeierns um die Energiewende in der letzten Zeit kritisch hinterfragt werden. Für ihn sei die Energiewende keineswegs zu Ende gedacht, sondern diese sei ein erforderliches und ein gut gemeintes Ziel, das aber in einem katastrophalen Missmanagement der letzten Zeit unterzugehen drohe. Es gebe viele offene Fragen. Diese seien heute nicht das Thema. Es müsse aber eines klar sein: Man brauche hier an dieser Stelle echte und keine selbsternannten Fachleute, damit man diesem Ziel ein Stück näher komme.

Die Frage sei, ob dies ein Haushalt wie viele andere vorher sei. Dies sei deswegen der Fall, weil man die 200 Millionen-Grenze wieder überschreite und weil man wieder einen Betrag von 1,85 Mio. € auf die hohe Kante legen könne. Deswegen wolle er diesem Haushalt 2014 einen Doppelnamen verpassen, nämlich Bildungs- und Entschuldungshaushalt zugleich.

Die Wirtschaft habe Fahrt aufgenommen, in Bayern, in Schwaben und auch im Landkreis Augsburg. In Schwaben seien es 10 %, in Bayern 5,8 % und im Landkreis 6,9 %. Dies beschere dem Landkreis zunächst ein Einnahmeplus bei gleichem Hebesatz von ungefähr 6,6 Mio. €. Es stelle sich die Frage, ob dies nur ein warmer Regen gewesen sei oder dies so anhalte. Eines müsse klar sein: Man dürfe deswegen nicht übermütig werden und man dürfe sich an diesen Fall auch nicht dauernd gewöhnen. Aufgrund der Belastung im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung – sei der Landkreis gefordert. Zusammen mit der Bezirksumlage, die zu fast 95 % nichts anderes sei als eine Sozialhilfeumlage, würden diese beiden Komponenten mehr als die Hälfte des Verwaltungshaushaltes binden. Deswegen sei der Ruf nach einer Beteiligung des Bundes auch gerechtfertigt.

Ein Thema, das langsam ins Rollen komme, sei die Inklusion. Diese sei bundesweit ein gesellschaftspolitisches Thema, das aber kommunal umgesetzt und gelöst werden müsse. Es komme ein gigantischer finanzieller Aufwand, den man noch gar nicht ermessen könne, auf die Kommunen zu, so Kreisrat Liebert. Er fordere deshalb etwas ein, was allenfalls nachzulesen sei und leider nicht immer umgesetzt werde, nämlich das Thema Konnexität. Es gehe um die Konnexität des Bundes zum Land, aber auch des Landes zu den Kommunen. Zuversichtlich stimme ihn, was er aus dem Koalitionsvertrag von CSU/CSU und SPD in dieser 18.

Legislaturperiode mit dem Leitmotto „Deutschland – Zukunft gestalten“ herauslesen konnte. So sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. € jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits im Vorgriff sei ein Beschluss über 1 Mrd. € zugunsten der Kommunen enthalten. Dies klinge gut, sei aber noch nicht in Gesetzesform gegossen. Deswegen richte sich der Appell nach Berlin, dies auch zur Entlastung des Landkreises Augsburg in die Tat umzusetzen.

Der Landkreis habe eine vergleichsweise entspannte Haushaltssituation, und zwar aufgrund der hohen Schlüsselzuweisungen und der nochmals angehobenen Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung auf 100 % in diesem Jahr. Dies bringe dem Landkreis im Übrigen 1 Mio. €, der Stadt Augsburg 2 Mio. € und dem Bezirk Schwaben 11 Mio. € ein. Hinzu kämen die Umlagekraftsteigerung und nicht zuletzt die Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage um 1 Hebesatzpunkt. Dies alles trage dazu bei, dass auch der Landkreis den Hebesatz bei 49,75 Prozentpunkten belassen und gleichzeitig 1,85 Mio. € zur Begrenzung der Verschuldung einsetzen könne. Dies sei der richtige Weg in die richtige Richtung. Man dürfe den Kindern keine übermäßige Verschuldung, sondern müsse ihnen Chancen hinterlassen. Man könnte den Haushalt auch mit drei Schlagworten überschreiben, nämlich „Wirtschaftskraft stärken“, „Bildungsoffensive fortsetzen“ und „Gesundheitslage weiter forcieren“. Noch nie sei es im Landkreis da gewesen, dass in nur einer Wahlperiode Bildungsinvestitionen von über 100 Mio. € angepackt wurden. Die Stichworte seien genannt: Gymnasium Königsbrunn, Turnhalle Königsbrunn, Gymnasium Diedorf, Berufliches Schulzentrum Neusäß sowie die Realschulen Zusmarshausen, Neusäß und Meitingen.

Das Gymnasium Diedorf werde als Leuchtturmprojekt bezeichnet, und dies zu Recht. Die energetischen Ideen seien so gut gewesen, dass der Landkreis von der Bundesstiftung Umwelt nicht weniger als 1 Mio. € Förderung dafür erhalte. Etwas holprig sei es bei der Planung des Beruflichen Schulzentrums in Neusäß zugegangen. Man habe aber gut daran getan, den Architekten zu wechseln, um hier auf die Zielgerade zu kommen. Hier sei nicht Geschwindigkeit, sondern Gründlichkeit gefragt. Man solle lieber langsam planen und schnell bauen, als schnell planen und wieder schnell umbauen. Schon stünden die nächsten Bildungsmaßnahmen vor der Tür. Ganz konkret seien damit die Gymnasien in Gersthofen und Neusäß gemeint. Das Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen – ein Schulkörper aus den 70er Jahren, ursprünglich konzipiert für 700 Schüler – platze aus allen Nähten. Das Gymnasium Gersthofen dürfe kein Gymnasium zweiter Klasse werden. Dies sei die Botschaft an die Schüler, an die Lehrer, an die Eltern und nicht zuletzt die Botschaft an den Landkreisnorden.

Bei der Krankenversorgung sei der Landkreis super aufgestellt. Die Zeiten der roten Zahlen seien vorbei. Der Landkreis könne sich glücklich schätzen, dass man mittlerweile Freiräume durch die nicht mehr anfallenden Defizite bekommen habe. Die Generalsanierung stehe aber vor der Tür und werde über 300 Mio. € kosten. Trotz einer hohen Staatsbeteiligung werden Stadt und Landkreis stark gefordert sein. Ein markantes Datum werde das Jahr 2018 sein. Bis dahin solle das Klinikum eine echte Uniklinik sein, an der auch gelehrt und geforscht werde. Für die Universität Augsburg bedeute dies, dass dort eine eigene medizinische Fakultät entstehe. Was ursprünglich großes Schmunzeln hervorgerufen habe – nämlich die drei Ausrufezeichen im goldenen Buch der Stadt Augsburg – werde nun Realität. Für die CSU-Fraktion hier in diesem Hause könne mit großer Freude festgestellt werden, dass Ministerpräsident Seehofer Wort gehalten habe. Auf einem guten Weg sei man bei den Wertachkliniken. Diese seien nicht nur weit weg von den roten Zahlen, sondern könnten auch ihre Investitionen selber finanzieren.

Der Landkreis sei eine Chancenregion. Nachweis hierfür sei Platz 2 im Chancenindex der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit sei historisch niedrig, die Jugendarbeitslosigkeit liege unter 1 %. Auf 100 Bewerber kämen mehr als 120 Ausbildungsplätze. Man könne getrost von Vollbeschäftigung im Landkreis reden. Dies sei das Ergebnis von 16.000 erfolgreichen Betrieben und 60.000 Menschen, die sich engagiert beteiligen. Zu-

sammengefasst könne man sagen, dies seien echte Chancen und Perspektiven für die junge Generation. Man sei von einer Aufstiegsregion zu einer Top-Region geworden. Die Anstrengungen kämen aber nicht von ungefähr. Die Wirtschaftsförderung sei erfolgreich gewesen. Amazon, Lidl, und Ihle – um nur einige zu nennen – seien Beispiele dafür. Per Saldo sei dies eine Win-win-Situation mit der Gewerbesteuer auf der einen Seite und der Entlastung bei den Sozialausgaben im Hartz IV-Bereich auf der anderen Seite. Allein durch Amazon komme es pro Jahr es zu einer Entlastung um 1 Mio. € beim Landkreis Augsburg.

Ein Thema sei hier oft Gegenstand von kontroversen Diskussionen gewesen. Dies sei das Thema Kreisenergiewerke. Die Kreisenergiewerke müssten 2014 in Fahrt kommen. Man habe viel geplant und diskutiert sowie manche Vorschläge erarbeitet. 2014 müsse das Jahr der Realisierung werden. Wenn nicht, dann müsse man so ehrlich sein und das Buch zumachen. Dies könne kein Ewigkeitsthema bleiben.

Beim Innovationspark habe der Landkreis Augsburg die Zeichen der Zeit erkannt. Mit seinem Anteil von 25 % zeige er, dass es ihm ernst sei mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und neuen Entwicklungschancen. Er nenne nur ein paar Player, die sich einbringen werden, wie z. B. Premium Aerotec in Haunstetten, SGL Carbon in Meitingen oder Eurocopter in Donauwörth, aber auch Start-up-Unternehmen und vor allem der Mittelstand. Der Landkreis werde auch die Messe Augsburg im Rahmen seiner Möglichkeiten und Beteiligungsquoten nach Kräften unterstützen. Besonders erfreulich sei, dass unter Gerhard Reiter, dem neuen Geschäftsführer, die Messe Augsburg den Absprung von der ehemaligen Brühwüfelausstellung – der alten afa – hin zur Messe mit zum Teil internationalem Rang geschafft habe. Beweis dafür sei neben der Messe Interlift die vorgestern zu Ende gegangene Messe GrindTec.

Außerdem geht Kreisrat Liebert auf den ÖPNV ein. Das Engagement des Landkreises liege bei 6,2 Mio. €. Das sog. 400.000 €-Paket sei auf 500.000 € angehoben worden, um weiße Flächen auf dem flachen Land zu beseitigen. In der letzten Woche habe man im zuständigen Arbeitskreis dreimal Dinge auf den Weg gebracht, und zwar in Bezug auf die flexiblen Bedienformen im Lechfeld bis Obermeitingen, zwischen Königsbrunn und Bobingen und im Raum Altenmünster und Welden. Dass er im Zusammenhang mit dem ÖPNV immer wieder die dritten Gleise anmahne, sei selbstverständlich. Gleiches gelte im Übrigen auch für die Staudenbahn.

Abschließend stellt Kreisrat Liebert fest, der Haushalt 2014 sei bei gleichbleibendem Hebesatz von 49,75 % der Umlagegrundlagen ein Haushalt, der die Gemeinden nicht übermäßig belaste und dem Landkreis im Wege der Entschuldung trotzdem etwas Luft nach oben lasse. Danken wolle er hierfür dem Landrat, dem Kreiskämmerer, Herrn Seitz, der gesamten Landkreisverwaltung und vor allem seiner Fraktion, aber auch allen anderen Fraktionen für die stets gute, konstruktive und offene Aussprache. Die CSU-Kreistagsfraktion werde diesem Haushalt einstimmig zustimmen.

**Kreisrat Hannemann** möchte sich zunächst ebenfalls bei der Verwaltung und insbesondere bei Herrn Seitz für die Bereitschaft bedanken, in die Fraktionen zu kommen, wo viele Fragen beantwortet werden konnten. In diesem Jahr sei die Arbeit sicherlich leichter gewesen als die Jahre zuvor. Ungeachtet dessen seien noch viele Dinge zu diskutieren gewesen.

Wie Kollege Liebert schon ausgeführt habe, habe man in diesem Haushalt Zukunftsthemen angepackt, insbesondere auch im Bereich der Bildung. Andererseits sei der Haushalt auch Ausdruck politischer Willenserklärung. Hieran müsse in diesem, aber auch in kommenden Jahren gearbeitet werden.

Er wolle zwei bis drei Aspekte hervorheben, an denen deutlicher werden müsse, wohin sich der Haushalt bzw. der Landkreis entwickle.



Seit Jahren kämpfe man für eine FOS im Landkreis Süden. Es sei bedauerlich, dass man im Haushalt hierfür keine Mittel eingestellt habe. Als Ausdruck politischer Willensbildung wäre es ein sichtbares Zeichen gewesen, Mittel aufzunehmen, um deutlich zu machen, dass man diese Entwicklung forcieren und wolle. Er dürfe einen Blick in die freie Wirtschaft richten. Dort gebe es ein Gesetz eines französischen Nationalökonomen, der schon vor 200 Jahren festgestellt habe, dass ein Angebot auch eine Nachfrage schaffen könne. Schon mit anderen Schulen im Landkreis habe man bewiesen, dass die Statuierung und die Einbringung einer Schule letztendlich auch die Nachfrage auslöse. Es wäre gut, wenn sich der Landkreis noch deutlicher – im Haushalt und darüber hinaus – zu einer FOS im Süden bekennen und deutlich machen würde, dass man dahinter stehe, damit diese dann auch zur Realisierung komme.

Die Schulentwicklung sei vom Kollegen Liebert angesprochen worden. Auch hier sei es sicher verantwortungsvoll, in die Bildung zu investieren. Auf der anderen Seite müsse man sich zugestehen, dass sich die Schulden Situation in den letzten Jahren und auch in zukünftigen Jahren erheblich verändert habe. Dabei würden ihn insbesondere die Kostenentwicklung und das Umsetzen der Hochbauten schmerzen. Wenn man sich die Kostenschätzungen und Kostenkalkulationen zu Beginn der Projekte ansehe, über die man dann im Kreistag oder in den Gremien abgestimmt habe, und dann feststelle, wie sich die Kosten entwickelt hätten, dann sehe er dies zum einen als große Gefahr für die Zukunft, zum anderen aber auch als Handlungsauftrag für den nächsten Kreistag, sich mit diesem Thema intensiv zu beschäftigen und dafür Lösungen zu finden. In seiner beruflichen Tätigkeit als Anwalt konnte er in den letzten 5 – 6 Jahren auch Großprojekte dieser Größenordnung begleiten. Diese hätten jedoch von Beginn an bis zur Realisierung keine erhebliche Kostenentwicklung mit sich gebracht und seien im Gegensatz zu den Schulen bereits eröffnet, so Kreisrat Hannemann. Deshalb sollte der Landkreis durchaus den Blick in die freie Wirtschaft wagen und überlegen, wie es möglich sei, dass dies in anderen Bereichen funktioniere, in denen die Kapitalisierung zu Beginn des Projektes abgeschlossen sein müsse, weil es schlichtweg keine Nachfinanzierung gebe, und wie man daraus lernen könne. Dieser Aufgabe sollte sich der nächste Kreistag stellen und versuchen, diese Dinge ernst zu nehmen und geeignete Mittel zu finden, um dem Thema zu beugen.

Wie jedes Jahr stehe er hier und plädiere seit seiner Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender auch für die Realisierung der Straßenbahn von Königsbrunn nach Augsburg. Auch hier müsse der Kreistag politisch Zeichen setzen und diese einfordern, und zwar in der festen Überzeugung, dass man mit der Art und Weise, wie man in den vergangenen Jahren an das Projekt herangegangen sei, auch gegenüber den Partnern in der Stadt Augsburg nicht deutlich genug signalisiert habe, wie wichtig dem Landkreis Augsburg dieses Projekt sei.

Dies sei in Zusammenhang zu den Themen zu bringen, die Kollege Liebert vorhin genannt habe. Kreisrat Hannemann erklärt, es sei für ihn selbstverständlich, dass der Landkreis Augsburg Themen wie die Messe und den Innovationspark mit unterstütze. Dies sei kein Augsburger Thema, sondern ein Thema der Region. Von der Rendite, die bei jeder Messe erzielt werde, würden alle Kommunen im Umkreis partizipieren. Die Stadt Augsburg fordere zu Recht die Solidarität ein, die sie aber auch bekomme. Es handle sich dabei um eine kritische Solidarität. Der Landkreis Augsburg sei sicherlich nicht der einfachste Partner, der alles blanko unterzeichne, sondern man stelle viele Fragen. Dies sei auch gut so. Diese Solidarität dürfe aber keine Einbahnstraße sein, sondern müsse bei so wichtigen Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B. der Anbindung einer Stadt wie Königsbrunn an die Stadt Augsburg, auch gelten. Der Landkreis dürfe sich nicht mit einer Berechnung abspeisen lassen, die er persönlich für fragwürdig erachte, so Kreisrat Hannemann.

Auch im Hinblick auf die schon mehrfach bemühte Energiewende sei dies dringend erforderlich. Derzeit würden die Spritpreise zwar sinken, was von allen wohlwollend zur Kenntnis genommen werde. Wenn man aber in die Zeitung schaue, dann wisse man, wie dünn das Eis sei, auf den man gehe und wie schnell sich dies ändern und der Konflikt mit Russland zu

einer völlig anderen Entwicklung führen könne. Die Kreisenergiewerke seien die Aufgabe im Jahr 2014. Es sei über alle Fraktionen Konsens, dass die vor vielen Jahren gestartete Energiewende letztendlich sehr flach gelandet und leider auch sehr enttäuschend sei. Man müsse einfach feststellen, dass Land und Bund nicht die nötige Kraft oder die nötige Entscheidungsfreudigkeit besitzen, sondern man diese Aufgaben in den Kommunen und im Landkreis machen müsse. Man könne sich davor nicht mehr drücken.

Vor dem Ausruf der Energiewende habe man im Landkreis Solarfelder und ähnliches gebaut. Seit der Energiewende würden diese Projekte stagnieren. Hier laufe etwas furchtbar schief. Dies seien Dinge, die man so nicht mehr in Kauf nehmen könne. Nachdem auf Bundes- und Landesebene keine Unterstützung ersichtlich sei, sei dies die Hausaufgabe des Landkreises. Dazu gehöre auch die Ehrlichkeit, mit den Bürgern darüber zu reden, dass letztendlich die Tatsache die Zukunft bestimme, wer Energie zu vertretbaren Konditionen anbieten und auch die Versorgungssicherheit gewährleisten könne.

Nachdem dieser Haushalt durch zwei Punkte bestimmt sei, nämlich die Investition in die Bildung einerseits und erste Ansätze der Entschuldung andererseits, werde auch die Fraktion der Freien Wähler diesem Haushalt zustimmen.

Da dies heute seine letzte Kreistagssitzung ist, möchte Kreisrat Hannemann außerdem noch einige persönliche Worte an die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag richten. Er kehre nach seinem Ausflug in die Politik in sein „normales“ Leben zurück. Er habe die vergangenen sechs Jahre gerne hier gearbeitet. Er habe viele neue Aspekte kennengelernt, die ihm davor verschlossen gewesen seien und die auch dem Bürger verschlossen bleiben, wenn dieser nicht in die Arbeit involviert werde. Sein Petikum – und dies sei das einzige Resümee, das er zur Wahl ziehen möchte – sei, dass die Demokratie auch in diesen Wahlen verloren habe. Die sinkende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen sei erschreckend. Man müsse sich gewahr werden, dass die Stimmung bzw. die Prozente, die man errungen habe, eigentlich durch zwei zu teilen seien. Gerade einmal die Hälfte der Bürger sei – trotz aller technischen Möglichkeiten und trotz der Möglichkeit der Briefwahl – überhaupt noch bereit, diesen kleinen Schritt zu machen, um ihre Stimme abzugeben. Dieser Kritik müsse man sich stellen. Der Verlust des Interesses an der Demokratie berge ungeheure Gefahren an sich. Wenn sich die Menschen nicht mehr für die Demokratie und die Wahlen interessieren, dann überlasse man ggf. in kritischen Situationen auch radikalen Kräften die Entscheidung darüber. Deshalb könne man nicht zur Tagesordnung übergehen. Kreisrat Hannemann erklärt, er würde sich deshalb sehr wünschen, dass der Kreistag ein lebendigeres Gremium und ein Gremium der sachlichen Auseinandersetzung werden würde, dass Themen nur im Kreistag und weniger in den Ausschüssen und noch weniger in nichtöffentlichen Sitzungen diskutiert würden. Der Bürger verstehe nicht mehr, was man hier mache und komme mit den Millionenzahlen, über die man hier entscheide, nicht mehr klar. Der Bürger wisse gar nicht mehr um die Bedeutung des Kreistages.

Kreisrat Hannemann vertritt die Auffassung, dass deshalb das Thema Stromautobahn vor der Wahl hätte diskutiert werden müssen. Er hätte sich eine gemeinsame Resolution und ein gemeinsames Vorgehen gewünscht, weil man dem Bürger so hätte zeigen können, was man hier tue und dass man die Probleme ernst nehme. Jeder hier im Kreistag beschäftige sich damit und habe eigentlich ein Zeichen setzen wollen. Kreisrat Hannemann richtet deswegen die Bitte an den Kreistag, auch in Zukunft transparenter zu sein, mehr zu diskutieren, die Bürger mehr einzubinden und ihnen zu zeigen, dass sie wichtig sind.

Persönlich habe er hier in den letzten sechs Jahren Freundschaften begründet, viele Zweckfreundschaften, die wegfallen werden, sobald der Zweck erfüllt sei, aber auch viele echte Freundschaften, die über die nächsten Monate und Jahre bestehen bleiben werden. Er habe aber eines gelernt, und zwar, dass die Arbeit eines Politikers – auch eines „Hobbypolitikers“ – viel schwerer und viel herausfordernder sei, als dies im allgemeinen wahrgenommen wer-

de. Im Allgemeinen würden die Privilegien wahrgenommen. Vor sechs Jahren habe er nicht gesehen, wie viele persönliche Opfer damit im gesellschaftlichen und privaten Bereich und wie viele nervenaufreibende Sitzungen und persönliche Einschränkungen damit verbunden seien. Dafür zolle er allen Anwesenden Respekt und richte seine Bitte an die Medien, diesen Respekt auch zu transportieren. Es sollte mit den Politikern respektvoller umgegangen werden. Kein Mensch könne ermessen, was hier am Wochenende oder am Abend geleistet werde, der dies nicht selbst mitgemacht habe. Kreisrat Hannemann wünscht allen Anwesenden weiterhin ein gutes Händchen für diesen Landkreis.

**Kreisrat Güller** gratuliert zunächst allen neu- und wiedergewählten Kreisrätinnen und Kreisräten sowie Landrat Sailer zu seiner Wiederwahl.

Es sei heute der sechste Haushalt in der Amtszeit dieses Kreistages und es habe wie jedes Jahr über die Fraktionen hinweg auch immer wieder Differenzpunkte bei der Bewertung des Haushalts gegeben. Der SPD-Fraktion sei es an vielen Stellen zu langsam gegangen. Einiges sei zu wenig ambitioniert gewesen, um z. B. den Einsatz regionaler und gesunder Lebensmittel in den Kreiseinrichtungen und in den vom Landkreis beeinflussten Beteiligungen oder auch das Thema Energieeffizienz zu nennen. Für die SPD-Fraktion habe dies besonders für einige Schwerpunkte gegolten, die man gesetzt habe, wie z. B. die Themen soziale Gerechtigkeit, Familienfreundlichkeit und auch gleichwertige Lebensbedingungen im Norden, Süden und Westen, aber auch im Stadt-Umland, nachdem der Landkreis sehr unterschiedlich strukturiert sei.

Die SPD-Fraktion habe kritisiert, dass das Thema Inklusion in einigen Haushalten spät aufgegriffen wurde. Gleiches gelte für die Investitionen bei den Schulbauten, die erst später in Fahrt gekommen seien, ebenso wie für einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr mit hoher Qualität. Eine Reihe dieser Punkte seien in der ersten Runde der Haushaltsberatungen mit Abscheu von dannen gewiesen worden. Ein oder zwei Jahre später konnte dann festgestellt werden, dass sich die Vorschläge im Haushalt wiederfinden, dann jedoch unter einem anderen Label. So sei es auch anderen Fraktionen gegangen. Dies sei das Leben. So funktioniere Kommunalpolitik. Als Gesamtbilanz der vergangenen sechs Jahre könne festgestellt werden, dass es insgesamt gute Haushalte gewesen seien. Nach Auffassung der SPD-Fraktion hätte es an manchen Stellen aber noch besser und noch schneller gehen können. Im Kern habe man jedoch in diesen Haushalten die Menschen im Landkreis aber auch die Kommunen immer im Auge gehabt.

Diese Kritikpunkte aus den letzten Haushalten wolle er dieses Jahr ausdrücklich nicht wiederholen, so Kreisrat Güller. Gemeinsam habe man in vielen Bereichen einiges auf den Weg gebracht, wenn er sich die Themen Schulbauten und öffentlicher Personennahverkehr ansehe. Das zunächst umstrittene 400.000 €-Paket sei eine Erfolgsgeschichte und jetzt in den Ausschüssen einstimmig auf 500.000 € erhöht worden.

Einigkeit habe man auch in einigen Punkten erzielt, die nicht im Haushalt abgebildet seien. Die SPD-Fraktion habe z. B. beim Thema FOS/BOS im Landkreissüden bzw. konkret in Bobingen nachgefragt, ob diese auch realisiert werden könne, wenn kein Haushaltsansatz erfolge. Er wolle hier dem Kollegen Hannemann widersprechen. Im Kreisausschuss habe man sich darauf verständigt, dass es an den Finanzen nicht scheitern werde. Gleiches gelte beim Thema Inklusion. Auch dieses Thema hätte ein bisschen schneller in Gang kommen können. Ausdrücklich möchte Kreisrat Güller den eingeschlagenen Weg über Arbeitsgruppen und eine große Auftaktveranstaltung, um möglichst viele Gruppen mitzunehmen, als positiv herausstellen. In diesem Haushalt habe man hierfür noch nicht viele Haushaltsmittel zur Verfügung, da die Umsetzung einiger Maßnahmen wahrscheinlich noch ein bis zwei Jahre dauern werde. Aber auch hier habe man in den zuständigen Ausschüssen vereinbart, dass es nicht an den Finanzen scheitern werde, falls bereits 2014 zusätzliche Maßnahmen notwendig werden. Schließlich gebe es noch einige Punkte, an denen die SPD-Fraktion in den Bera-

tungen noch Veränderungen durchsetzen konnte, auf die er später nochmals eingehen werde.

Kreisrat Güller stellt weiter fest, das Gesamtbild dieses Haushalts sei positiv. Die Positionierung des Bayerischen Gemeindetages sei ein Beweis dafür. Wenn dieser nicht katzenartig losspringe, sondern mit dem Haushalt und der Höhe der Kreisumlage gleich einverstanden sei, dann nehme er die an Kollegen Klaußner gerichtete Bemerkung des letzten Jahres in Bezug auf den Bettvorleger selbstverständlich zurück.

Nicht unerwähnt lassen wolle er, dass der Landkreis natürlich auf die Rahmenbedingungen angewiesen sei. Zumindest für 2014 erfolge eine Entlastung des Landkreises aufgrund der Entlastung der Bezirke und einiger Erhöhungen im Finanzausgleich. Hinzu komme, dass der Bund bei der Grundsicherung Wort gehalten habe. Die in der Koalitionsvereinbarung zugesagten 5 Mrd. € habe er noch nicht in den Haushalten der letzten Jahre gesehen. Hierzu müsse es in Berlin noch Einigungen geben, weshalb er noch nicht so positiv gestimmt sei, dass diese 2015 beginnen. Vielmehr sei zu befürchten, dass man 2015 noch eine kleine Durststrecke haben werde.

Bei allen guten Rahmenbedingungen würden doch noch ein paar Baustellen übrig bleiben, bei denen der Landkreis beim Freistaat und beim Bund auf den Busch klopfen müsse. Nach wie vor werde der Landkreis über Maßen durch die Gastschulbeiträge in der Stadt Augsburg belastet, da es sich in Augsburg um kommunale Schulen handle, für die der Freistaat den Lehrerkostenanteil nicht so übernehme, wie er dies bei Landkreisschulen mache. Es handle sich hierbei um eine Belastung in sechsstelliger Höhe. Nachdem man in den Ausschüssen bei den freiwilligen Zuschüssen teilweise um 1.000 €, 2.000 € oder 5.000 € diskutiere, würde dem Landkreis ein sechsstelliger Betrag daher gut tun.

Leider kämen der Freistaat und der Bund außerdem in immer geringerem Maße ihren Verpflichtungen beim Thema Asyl nach. Der Landkreis wolle hier Zeichen setzen und weder die Asylsuchenden, die Nachbarn und die Kommunen allein lassen, sondern stelle zusätzliches Landkreispersonal ein und nehme Geld in den Haushalt, z. B. für die Koordinierung der Freiwilligenarbeit. So richtig dies sei, so sei die Vollkostenbezahlung eigentlich Aufgabe von Bund und Land. Hierauf müsse man in den nächsten Jahren schauen. Ansonsten würden die Personalkosten dem Landkreis an dieser Stelle davonlaufen.

Das altbekannte Thema der Schülerbeförderung sei auch noch nicht gelöst. Trotz einer Erhöhung der Kostenerstattung durch den Freistaat sei die Gesamtsumme prozentual nicht höher. Der Landkreis habe es geschafft, durch eigenes Engagement die Qualität und die Sicherheit zu erhöhen, indem man mit den Busunternehmern diesen Weg gegangen sei. Bei den Kosten habe sich dies leider nicht niedergeschlagen.

Viele Punkte seien in diesem Haushalt von Anfang an gut gelöst gewesen. Ein paar Punkte konnten in den Beratungen dann berücksichtigt werden. Kreisrat Güller erklärt, er sei dankbar, dass man über alle Fraktionsgrenzen hinweg auch beim Sozialticket im Gegensatz zur Stadt Augsburg vernünftig weitergekommen sei. Es sei vereinbart worden, 75.000 € in den Haushalt einzustellen und diesen Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen, um in den nächsten Wochen und Monaten im neuen Kreistag vernünftig über eine Ausgestaltung für die Bürgerinnen und Bürger zu sprechen. Man habe nicht den Weg wie in Augsburg gewählt, zunächst zu sehen, wie viel Geld da sei, um dann die Gruppen zu definieren und so zu Konstellationen zu kommen, bei denen gerade die Familien im unteren Einkommenssegment und im Hartz IV-Bereich in der ersten Stufe nicht berücksichtigt und Wohngeldempfänger nicht parallel dazu behandelt werden. Der Landkreis sei diesbezüglich deutlich vernünftiger gewesen.

Man habe es auch geschafft, in bestimmten Ausgabenbereichen, z. B. bei der Frage der Sanierungskosten des Landratsamtes (Innenhof und Parkplätze) zu einem vernünftigen An-

satz zu kommen und nicht gleich die 8,5 Mio. € für die Luxuslösung einzusetzen. Es werde die Aufgabe des neuen Kreistages sein, mit den jetzt gefundenen Ansätzen - einer Verpflichtungsermächtigung von 3,5 Mio. € - sinnvoll umzugehen und gemeinsam eine Lösung zu finden, die sowohl den Sparsamkeitserwägungen als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht werde, die Anspruch auf ordentliche Rahmenbedingungen und ordentliche Räume hätten.

Bei den Themen Wirtschaftsförderung und Kreisenergiewerke habe man ebenfalls sinnvolle Lösungen gefunden. Die Wirtschaftsförderung sei ein wichtiger Aspekt in diesem Landkreis. Wirtschaftsförderung müsse sich zunächst mit den Kommunen beschäftigen, weil dies im Landkreis anders sei als in einer kreisfreien Stadt. Der Landkreis müsse mit den Kommunen arbeiten und klar definieren, welche Aufgaben die Kommunen übernehmen. Natürlich gebe es hier auch Befindlichkeiten, weshalb verständlich sei, wenn die Gemeinden in ihrem Gebiet möglichst viel selber machen möchten. Es gebe aber bestimmte Dinge, die man nur überörtlich lösen könne. Die erste Aufgabe sei es deshalb, diesen Ausgleich zu finden. Anschließend müsse definiert werden, was – auch in Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg – zu machen sei. Erst an dritter Stelle stehe das Geld. Man habe den richtigen Weg gefunden und ausreichend Geld für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt. In den nächsten Monaten werde man im neuen Kreistag hierzu sicherlich noch Diskussionen zu führen haben.

Bezüglich der Kreisenergiewerke sei die SPD-Fraktion skeptisch gewesen. Wenn man aber etwas gemeinsam gründe, dann wolle man dies auch gemeinsam zum Erfolg führen. Die Finanzmittel dafür seien im Haushalt enthalten. Dass die Energiewerke jetzt zum Laufen kommen, dass Projekte für die kommenden Jahre definiert und umgesetzt werden, werde eine Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses und des neuen Kreistages sein. Wenn dies gelinge, dann gehe die SPD-Fraktion den Weg der Kreisenergiewerke mit. Gelingen es nicht, dann müsse man einen anderen Weg – und zwar ohne Gesichtsverluste – suchen. Schließlich gehe es darum, Sachpolitik in diesem Bereich zu machen.

Bei diesem Gesamtbild werde die Fraktion der SPD dem Haushalt insgesamt zustimmen. Man habe einen solide aufgestellten Haushalt. Allerdings würden die Herausforderungen in diesem Haushalt hauptsächlich im Vollzug liegen. In den Haushaltsberatungen würden die Leitlinien gesetzt und es werde entschieden, was im kommenden Jahr möglich sei. Um den Vollzug werden sich die Ausschüsse an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch intensiver kümmern müssen, als es in dieser Wahlperiode der Fall gewesen sei. Als Beispiele nennt Kreisrat Güller die Schulbauten. Es sei toll, was am Schmuttertal-Gymnasium in Diedorf umgesetzt werde. Es sei aber auch leider zu kritisieren, dass man in Neusäß nicht entsprechend schnell weiterkomme. So richtig die Entscheidung gewesen sei, sich vom Architekten zu trennen, die Notbremse zu ziehen und dies neu aufzustellen, so müsse man sich doch überlegen, dass solche Dinge in Zukunft – wenn es z. B. um die Sanierung in Gersthofen gehe – nicht noch einmal passieren. Vielleicht müsse man auch einen anderen Weg als die Ausschreibung über den Architektenwettbewerb wählen. Nicht immer sei das, was im Plan schön aussehe, dann auch richtig geeignet, um umgesetzt zu werden.

Im Bereich Soziales und im Bereich Jugendhilfe müsse man es bei den Pflichtaufgaben, bei denen man sich im Haushalt sehr ambitionierte Zahlen gesetzt habe, so organisieren, dass effektiv geholfen werde und nicht immer die Kosten im Vordergrund stehen. Dies sei auch eine Aufgabe, die mit dem Thema Vollzug gemeint sei.

Beim ÖPNV und SPNV stünden für dieses Jahr genügend Gelder zur Verfügung. Auch hier komme es auf die Umsetzung an. Die Frage sei, wie man bei flexiblen Bedienungssystemen zu einer Lösung kommen könne, die für die einzelne Kommune und für den Landkreis tragbar sei und welche Lösungen man bei der Tarifstruktur finden könne, die weiter von der Stadt Augsburg entfernte Teile des Landkreises nicht benachteilige und für die das für den Augsburger Verkehrsverbund eingesetzte Geld trotzdem ausreiche.

Im Vollzug und für die kommenden Jahre habe der Landkreis weitere finanzielle Herausforderungen. Die Schulsanierung in Gersthofen stehe an. Man stehe dort genauso im Wort, wie man in Neusäß im Wort stehe, nun endlich anzufangen, um zum Schuljahresbeginn 2015/16 auch etwas vorweisen zu können. Es müsse gemeinsam mit der Stadt Gersthofen in den nächsten Jahren geplant und ein vernünftiges Konzept auf die Beine gestellt werden.

Kreisrat Güller möchte anschließend noch einen weiteren Punkt aufgreifen, der eventuell auf den Landkreis zukommen wird. Dies sei die Entwicklung der Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen in den letzten Jahren. Es gebe hier zwei Aspekte. Zum einen stelle sich die Frage, ob Schwimmunterricht vom Personal (Freistaat) in ausreichendem Maße angeboten werde, aber auch, ob für die Schulen Schwimmmöglichkeiten in entsprechender Entfernung zur Verfügung stünden. Man werde sich – auch mit Blick in Richtung Schwabmünchen – die einzelnen Kommunen ansehen müssen.

Das Thema Staudenbahn finde sich nicht im Haushalt, weil dieses Jahr voraussichtlich noch keine finanzwirksamen Entscheidungen zu treffen seien. Dennoch müsse man dies im Hinterkopf haben. Wenn man sich dafür entscheide, dann müsse der nächste Kreistag die Mittel zur Verfügung stellen. Das Gleiche gelte im Übrigen für die Straßenbahn zwischen Augsburg und Königsbrunn. Es sei zu früh, hierfür Mittel einzustellen. Aber es müsse im Vollzug des Haushalts versucht werden, zu Lösungen und zu deutlich mehr Aktivitäten in der Interaktion mit der Stadt Augsburg zu kommen.

Die Kliniken wurden ebenfalls bereits angesprochen. Kreisrat Güller betont ausdrücklich, es gehe in diesem und im nächsten Jahr nicht um die Defizite, die der Landkreis im Haushalt abzubilden habe, sondern es werde darum gehen, wie man eine ordentliche Entwicklung zu einem Universitätsklinikum hinbekomme, und zwar eine Entwicklung, in der die Kommunen, der Landkreis und auch die Stadt Augsburg, bei der Notfall- und Erstversorgung durchaus noch mitreden können. Dieses Thema könne man nicht komplett aus der Hand geben. Ferner müsse man es hinbekommen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den vergangenen Jahren im Klinikum Großes geleistet hätten, um das Ergebnis überhaupt so hinzubekommen, durch andere Tarifverträge oder andere Altersabsicherungen nicht schlechter gestellt werden als im jetzigen Tarif. Auch dies sei eine Herausforderung im Vollzug des Haushalts.

Kreisrat Güller dankt anschließend allen Mitarbeitern des Landratsamtes, Herrn Seitz und der Kämmerei, aber in diesem Jahr insbesondere auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Bereich Soziales, Jugend oder Asylbetreuung arbeiten. Was hier an persönlichem Engagement eines jeden Einzelnen in diesem Haus dahinter stecke, könne man nicht hoch genug werten. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungen gelte ein herzlicher Dank. Diese würden am Erfolg dieses Landkreises mitarbeiten. Zuletzt dankt Kreisrat Güller den Kolleginnen und Kollegen des Kreistages sowie seiner Fraktion für die guten Beratungen und die Arbeit der vergangenen Jahre. Insgesamt habe man in dieser Wahlperiode auch bei immer wieder inhaltlich heftigen Auseinandersetzungen doch einen Ton gefunden, mit dem man auch nach außen zeigen könne, dass man fair miteinander umgegangen sei. Er dürfe an dieser Stelle auch den Kollegen Baumeister und Dr. Nozar alles Gute und eine gute Genesung wünschen.

Dieser Kreistag übergebe dem nachfolgenden Kreistag eine solide Basis an Haushaltsmitteln. Es sei gelungen, im letzten Jahr und auch heuer Sonderrücklagen zu bilden. Über die Höhe könne man streiten. Dies könnte immer noch mehr sein. Es sei aber wichtig, dass für die nächsten Jahre Arbeitsfähigkeit bestehe und die neuen Kolleginnen und Kollegen, die dem Kreistag in den kommenden sechs Jahren angehören, die Möglichkeit hätten, eigene Schwerpunkte zu setzen und Projekte nach vorne zu bekommen. Dies sei aus seiner Sicht

geschehen. Gerade bei den Beteiligungen sei in den nächsten Jahren eine ganze Menge zu tun.

Kollege Liebert habe erklärt, der Landkreis sei eine Top-Region geworden. Dies habe auch Folgen für die Politik. Man habe einen enormen Druck auf dem Mietmarkt und beim Thema Infrastruktur, nicht nur beim Öffentlichen Personennahverkehr, sondern auch bei anderen Verkehrswegen und bei der Ver- und Entsorgung in den Kommunen. Man habe große Aufgaben beim Thema Familienfreundlichkeit. Top-Region heiße auch Zuzug und attraktiv zu sein für Menschen, die gerade eine Familie gegründet haben und mit der Familie in die Region ziehen. Man wolle, dass diese Familien nicht nur in die Stadt und in die Kommunen rund um Augsburg ziehen, sondern dass der gesamte Landkreis davon profitiere. Dies seien Herausforderungen, denen man sich genauso wie bei der Messe, beim Innovationspark, bei den Kreisenergiewerken, den Wertachkliniken und beim Klinikum zu stellen habe.

Kreisrat Güller dankt nochmals für die Zusammenarbeit und wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Kreistag ausscheiden, eine gute Zukunft. Diese möge genauso gut sein wie die Zukunft dieses Landkreises.

**Kreisrätin Jung** gratuliert allen neu- und wiedergewählten Kreisrätinnen und Kreisräten und bedankt sich bei allen, die aus dem Kreistag ausscheiden, für die Zusammenarbeit der letzten Zeit. Schon zu Beginn der Haushaltsberatungen für den Kreishaushalt 2014 habe sich ein relativ entspanntes Vorgehen abgezeichnet. Schon bald sei klar gewesen, dass der ungedeckte Bedarf relativ einfach zu bewältigen sei. Die wiederholt positiven Rechnungslegungen sowie der Einkommensteuer- und der Grunderwerbssteueranteil würden ein gutes Nettoergebnis ergeben. Die Senkung der Bezirksumlage tue dazu noch ein Übriges. Damit sei eine gute finanzielle Basis für das kommende Haushaltsjahr gesichert und der Kreisumlagenhebesatz könne stabil bleiben.

Die Arbeitslosigkeit sei zurückgegangen und die Bundeserstattung zur Grundsicherung im Alter sei von 45 % über 75 % auf 100 % angehoben worden, was dem Landkreis ein weiteres Plus auf der Einnahmenseite beschere. Auch in diesem Jahr setze man gemeinsam auf eine Schuldentilgung mit Augenmaß. Bei dem derzeit niederen Zinssatz sei es sinnvoll, notwendige Baumaßnahmen anzugehen, ohne den Gesamtblick auf die kommenden Jahre zu verlieren. Wenn mit Investitionen sinnvolle und nachhaltige Werte geschaffen werden, sei dies in den Augen der Grünen durchaus vertretbar. Wenn Bayern ohne Schulden dastehe, dann dürfe man nicht vergessen, dass dies in der vergangenen Zeit oft zu Lasten der Kommunen geschehen sei.

Die Wiederbelebung des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen habe sich bewährt. So hatte man schon frühzeitig die Kosten wie auch die Einnahmenentwicklung im Auge. Die fachbegleitenden Arbeitskreise zum Regionalen Nahverkehrsplan und zu den Energiewerken seien ebenso sinnvolle Instrumente, um die Entwicklung gezielt zu begleiten und voranzubringen, wie sie dies auch immer wieder von den Vertretern ihrer Fraktion bestätigt bekomme, so Kreisrätin Jung. Als Fehler werde es jedoch angesehen, dass die Arbeitskreise, welche die Baumaßnahmen bei den Großbaustellen der Gymnasien Königsbrunn und Diedorf sowie der Beruflichen Schulen in Neusäß begleitet hätten, eingestellt wurden. Hier sei Transparenz und Einflussnahme verloren gegangen.

Zum gesamten Zahlenwerk des Kreishaushalts habe man heute schon einige Zahlen, Ausführungen und Bewertungen gehört, weshalb Kreisrätin Jung darauf verzichten möchte und als nächsten Punkt das Gesundheitswesen anspricht.

Nach dem lang umkämpften Hubschrauberlandeplatz beim Augsburger Klinikum, den man letztes Jahr einweihen und in Betrieb nehmen konnte, sei man auch dem „Uniklinikum“ ein Stück näher gekommen. Derzeit noch fraglich seien die Betriebsform und das Beteiligungs-

modell, mit welchem dieses auf gesicherte Pfeiler gestellt werden könne. Dabei sei es wichtig, dass eine Lösung gefunden werde, die Patienten, aber auch die dort Beschäftigten und Dienstleistenden sowie die Träger in gleicher Weise berücksichtige. Das hartnäckige Vorgesprechen bei der Staatsregierung habe sich dann gelohnt. Auch die Wertachkliniken seien gut aufgestellt, würden schwarze Zahlen schreiben und von der Bevölkerung gut angenommen. Allein die Geburtenrate lasse stark auf Einwohnerzuwachs hoffen. Der Patient Krankenhauswesen befinde sich auf einem guten Weg der Besserung.

Weitere Schwerpunkte für die Grünen im Haushalt und in Zukunft seien der ÖPNV, das Schulwesen und die Energiewende. Man wolle Transparenz und Beteiligung und den Landkreis für die Zukunft fit machen.

Um den Öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, werde gerade der Nahverkehrsplan fortgeschrieben. Die Tarifstruktur sei unbefriedigend und müsse dringend überarbeitet werden.

Die Einführung eines Sozialtickets, wie von den Grünen und der SPD beantragt, ver helfe den sozial schwächer Gestellten zu mehr Mobilität, mehr Bewegungsfreiheit und mehr Teilhabe am öffentlichen Leben. Dafür seien 75.000 € eingestellt worden, was sicher auf Dauer nicht ausreichen werde.

Man wolle eine schnelle Verbesserung der Haltestellensituation. Schließlich sei nach dem Personenbeförderungsgesetz bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. Kreisrätin Jung erinnert in diesem Zusammenhang nochmals an die Inklusion, die sich hier ebenfalls auswirken wird. Außerdem habe für die Grünen die Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum höchste Priorität. Denn nur so könne der Grundsatz des Landesentwicklungsplanes, der gleichen Lebensbedingungen in allen Regionen, Erfolg haben. Nur mit einem gut ausgebauten ÖPNV könne man junge Bevölkerung im ländlichen Raum halten und die Abwanderung verhindern sowie älteren Menschen ohne Pkw eine ausreichende und umweltgerechte Mobilität gewährleisten. Auch hier spiele die Inklusion wieder eine große Rolle.

Unabdingbar dabei sei die Staudenbahn. Man sei noch nie so weit wie heute gewesen. Man habe die Machbarkeitsstudie vorliegen und man kenne die Meinung der Gemeinden. Inzwischen lägen auch die Zahlen der Streckenentgelte vor. Man müsse am Ball bleiben, damit die Staudenbahn bis 2018 tatsächlich bis Langenneufnach fahren könne. Außerdem müsse es das Ziel sein, mehr Fahrgäste zu generieren und mehr Menschen im Sinne von weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß und dem damit verbundenen Klimaschutz zum Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV zu animieren. Wichtig sei hierbei auch, dass nicht nur die an der Bahnstrecke liegenden Gemeinden, sondern die über den Zubringerverkehr erschlossenen Gemeinden Verbesserungen erhalten. Vielmehr habe man den gesamten Raum zwischen Fischach, Langenneufnach und Bobingen wie auch Schwabmünchen als einen mit dem ÖPNV unterversorgten Raum im Blick. Mit der Aufstockung von 400.000 € auf 500.000 € sollen unter Beteiligung der Kommunen bessere Verbindungen geschaffen, Ruftaxis und Flexibuslinien getestet werden.

Es gebe die Zusage, dass der Ausbau der dritten Gleise in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werde. Wenn man jedoch genau wisse, dass dieser Ausbauplan für die nächsten Jahrzehnte völlig unterfinanziert sei, dann komme man mit den dritten Gleisen nur voran, wenn die Staatsregierung sich um eine frühere bzw. zeitnahe Finanzierung oder Vorfinanzierung kümmere. Ansonsten sei die Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplanausbau eine Augenwischerei und es sei gelungen, den Ball des Pingpongspiels der Bundesebene zuzuspielen. Auch bei den Verhandlungen mit der Bahn im Hinblick auf die problematische Situation in Richtung Norden und der ständig zunehmenden Güterverkehre müsse man zumindest im Ansatz einer Lösung näherkommen. Die Grünen seien diesbezüglich mit ihren Abgeordneten in guten Gesprächen.



Bei der Verkehrssituation sei natürlich auch die Verlängerung der Linie 3 nach Königsbrunn ein Thema. Sie müsse im Nahverkehrsplan in das Ausführungsnetz übernommen und an der Verlängerung müsse mit Nachdruck gearbeitet werden. Die Basiszahlen der Augsburger Berechnung seien ziemlich fragwürdig. Hier müsse mindestens nachverhandelt bzw. es müssten die Basiszahlen selbst ermittelt werden. Eine Schienenanbindung sei nicht nur eine wichtige Entwicklungschance für die größte Stadt im Landkreis, sondern auch für das Image des Landkreises selbst und für die Energiewende wichtig. Ein guter Nahverkehr mit guter Anbindung und Vernetzung sei der Schlüssel, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Die Grünen würden sich darüber freuen, dass man in den Freien Wählern jetzt neue Mitstreiter für das Projekt gefunden habe. Das Brechungskonzept der Buslinien im Landkreis sei äußerst mangelhaft und müsse dringend einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Ein attraktiver, bedarfsgerechter und intakter Nahverkehr wirke nicht nur dem Demographischen Wandel entgegen. Er diene letztendlich auch dem Klimaschutz. Die Grünen hätten in der Vergangenheit die Diskussion, in den Klimaschutz zu investieren, immer wieder angestoßen. Schließlich habe man sich auf den Weg gemacht, klimafreundlicher Landkreis zu werden. Bis 2030 wolle man in der Region über das Regionale Klimaschutzkonzept den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 55 % reduzieren. Dazu brauche es einen ausgewogenen Maßnahmen-Mix und gute Leitprojekte, die dann ausgeführt, begleitet und reflektiert werden. In Klimaschutz zu investieren, in Energieeffizienz, in Photovoltaik-Anlagen, in Windkraft, in Gebäudesanierung und nicht zuletzt ins Gebäudemanagement zeichne einen Landkreis aus, der in die Zukunft gerichtet sei und weitsichtig handle. Vor allem aber müsse die Bevölkerung auf dem Weg der Umsetzung von Projekten mitgenommen werden. Bürgerinformationen, Aufklärung und Transparenz seien unerlässlich. Wie wichtig dies sei, zeige die aktuelle Diskussion um die Gleichstromtrasse im nördlichen Landkreis bei Meitingen.

Die Versorgungssicherheit, das Gelingen der Energiewende sowie ein dauerhafter und endgültiger Ausstieg aus der Atomenergie seien viel zu wichtig, um mit Wahlkampf Populismus zu betreiben. Die Kreisenergiewerke müssten 2014 in Fahrt kommen. Der begleitende Arbeitskreis sei eine wichtige Grundlage, um die Kreisenergiewerke weiterzubringen. Die Aufgaben seien vielschichtig und die Personaldecke sei dünn. Deshalb stelle sich für die Grünen die Frage, ob diese Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu „handeln“ seien. Spätestens bei der Stellenplanberatung 2015 müsse man ernsthaft darüber reden.

Der Landkreis habe in der Vergangenheit auf einen hohen Bildungsstandard gesetzt. Dies tue man auch in Zukunft. Die Investitionen in den letzten Jahren hätten sich auf rd. 120 Mio. € belaufen. Die Tendenz sei steigend, denn es gebe immer noch viel nachzuholen. Das Projekt Gymnasium Diedorf – ausgeführt als Plusenergiehaus – sei am Laufen. Die Schülerzahlen würden steigen und die Gastschulbeiträge sinken. Dies sei ein positiver Effekt. Der Neubau des Beruflichen Schulzentrums in Neusäß stehe nun endlich unmittelbar bevor. Der Spatenstich dafür sei schon im letzten Jahr gemacht worden. Dieses Schulzentrum werde mit seiner auf neueste Erkenntnisse ausgerichteten Lernmethodik zukunftsweisend für den Landkreis sein und die Bildungsregion Augsburger Land stärken. Auch hier sei es wichtig, dass sich die Energiewende und damit die Umsetzung des über alle Fraktionen hinweg beschlossenen Klimaschutzkonzeptes wiederfinden. Dies bedeute eine energieeffiziente Bauweise und die Abdeckung des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energie. Auch künftig sollte der Landkreis verstärkt auf neue, moderne und nach vorne gerichtete Techniken setzen, gerade bei den Schulstandorten der Gymnasien in Gersthofen und in Neusäß, die in der Finanzplanung für das nächste Jahr anstünden.

Beim Innovationspark sei man mit einer angemessenen Beteiligung eingestiegen und hoffe auf hohe innovative und wirtschaftliche Strahlkraft in den Landkreis. Das Thema Ressourceneffizienz werde für eine friedliche Zukunft entscheidend sein. Der Innovationspark solle einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass man in Zukunft Kriege um Ressourcen verhindern

oder wenigstens eindämmen könne. Die Grünen würden dabei darauf setzen, dass es auch eine intensive Zusammenarbeit mit den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen der Universität gebe.

Man habe es endlich geschafft, für den Verein Wildwasser eine Pauschalförderung im Haushalt einzustellen. Der Betrag reiche zwar nicht aus, die tatsächlich anfallenden Kosten für den Beratungsaufwand der aus dem Landkreis kommenden Frauen zu decken, sei aber ein Zeichen der Anerkennung. Es bleibe zu hoffen, dass damit die jährlich wiederkehrende Diskussion um die Arbeit von Wildwasser vom Tisch sei und dass man zu einer angepassten Regelförderung für die Zukunft kommen könne.

Der Finanzbedarf der Jugendhilfe binde einen großen Teil der Mittel im Haushalt. Nach wie vor würden Erziehungshilfen immer wichtiger. Man dürfe auf Präventionsmaßnahmen nicht verzichten, sondern müsse im Gegenteil auch in Zukunft verstärkt auf Hilfsangebote, z. B. auf Schulsozialarbeit, setzen. Dies sei der einfachere und bessere Weg, vor allem für die jungen Menschen, denen man damit den Weg in die Zukunft erleichtere. Eine gute Betreuung und eine gute Bildung seien Voraussetzungen für mehr soziale Gerechtigkeit und niedrigere Jugendhilfeausgaben.

Ferner spricht Kreisrätin Jung die steigenden Zahlen der Asylsuchenden an, die die Grünen bewegen. Allein in Deutschland seien es 2013 110.000 Menschen mehr gewesen, die Asylanträge gestellt hätten als 2012. Auch im Landkreis Augsburg würden die Zahlen stetig steigen. Das Ausländeramt wie auch die Wohlfahrtsverbände seien aufs Höchste gefordert. Es liege in der Verantwortung des Landkreises, hier für Entlastung zu sorgen. Mit allgemeiner Zustimmung konnte eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, um den gestiegenen Fallzahlen, hinter denen schlimme menschliche Schicksale stünden, etwas besser begegnen zu können. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung bekomme der Landkreis erstattet. Für die Personalkosten jedoch müsse der Kreis aufkommen. Dies dürfe aber nicht davon abhalten, das Sachgebiet entsprechend auszustatten und für eine gute Aufnahme, Aufklärung und Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu sorgen, um auch den Ängsten und Vorbehalten entgegenwirken zu können.

Auch in den kommenden Jahren stehe man im Landkreis vor großen Aufgaben, nicht nur beim Verkehr, beim Klimaschutz, in der Bildung oder bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Die Unterbringung der Verwaltung beschäftige den Landkreis ebenso. Das Amt selbst platze aus allen Nähten. Für Raumbedarf und Parkdecksanierung seien Planungsansätze eingestellt. Die Grünen wollen an einer möglichst zentralen Unterbringung festhalten. Die starke Ausweitung der Anzahl der Parkplatzbereitstellung für PKWs sei nach Ansicht der Grünen allerdings kritisch zu hinterfragen. Sinnvoll sparen und effektiv wirtschaften sei den Grünen schon immer wichtig gewesen. Man wolle eine vorausschauende, eine nachhaltige Finanzpolitik und eine stabile Kreisumlage, damit auch die Kommunen eine Planungssicherheit haben.

Die Themen, die man aus der Opposition heraus angestoßen habe, finde man zu großen Teilen in diesem Haushalt wieder. Kreisrätin Jung bedankt sich bei Herrn Seitz für die Vorbereitung des Haushalts 2014 und dafür, dass dieser sich die Zeit genommen hat, den Haushalt in der Fraktion vorzustellen. Ihr Dank gehe auch an Herrn Pabel und das ganze Team, das für die Erstellung des Haushalts verantwortlich gewesen sei. Kreisrätin Jung bedankt sich außerdem bei ihren Fraktionskollegen für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung während der ganzen Zeit und stimmt dem Kreishaushalt 2014 zu.

**Kreisrat Buhl** erklärt, die Gratulationen seien alle ausgesprochen. Er dürfe aber in die heute geäußerten Genesungswünsche noch den Kollegen Franz Fendt einbeziehen.

Zum Haushalt 2014 führt Kreisrat Buhl an, dass das Gesamtzahlenwerk in den letzten Wochen ausführlich diskutiert und erläutert wurde. Er könne sich auf wenig davon beschränken. Die bereits dargestellten Faktoren, die der Landkreis nicht beeinflussen könne, wie Umlagekraft, Schlüsselzuweisungen und Bezirksumlage, seien ebenfalls ausreichend erläutert. Der Haushalt 2014 werde dem Bedarf des Landkreises als Bildungslandkreis vor allem im investiven Bereich gerecht und beinhalte all das, was man gemeinsam beschlossen habe. Man könnte auf den ersten Blick zur Auffassung kommen, dass der Haushalt eine Senkung der Kreisumlage möglich mache. Dies sei aber – wie gesagt – nur der erste und oberflächliche Blick.

Die gigantischen Aufwendungen der nächsten Jahre – vor allem im Bildungsbereich – würden erfordern, dass man aus dem Verwaltungshaushalt mehr als in früheren Jahren für die Tilgung von Krediten schöpfe. Die Bildung einer Sonderrücklage exakt für diesen Zweck der für den Landkreis rentierlichen Schulden, ob direkt zur Kreditfinanzierung oder – auch sehr interessant – durch Umschuldungen von Krediten, trage man uneingeschränkt mit. Man trage auch mit, dass der Landkreis für seine Kommunen eine planbare und gleichbleibende Kreisumlage erhebe. Hier stehe der Landkreis im Wort. Dies habe man vor zwei Jahren schon andiskutiert und im vergangenen Jahr festgemacht. Dieses Wort halte man auch.

Heute rede man eher über einen unspektakulären Haushalt, trotz gigantischer Investitionen im Bildungsbereich. Dass der Landkreis diese gewaltigen Summen stemmen könne, sei der gesunden Wirtschaft und den sprudelnden Steuereinnahmen zu verdanken, an denen auch die Städte und Gemeinden teilhaben. Dieser Erfolg komme nicht von ungefähr. Er habe verantwortliche Mütter und Väter. Dies seien die seinerzeitigen Koalitionen Schwarz-Gelb in Berlin und in München gewesen, so Kreisrat Buhl. Er brauche in dieser Runde nicht zu vertiefen, dass der Landkreis jetzt aufbauend auf die Wirtschaftsleistungen vor zwei Jahren seine derzeitige finanzielle Leistungsfähigkeit stütze. Es bleibe zu hoffen, dass dem Landkreis diese Leistungsfähigkeit erhalten bleibe, wenngleich man wenigstens in der FDP/ödp-Fraktion angesichts der Spendierhosen der großen Koalition in Berlin schon einige Sorgenfalten habe.

Kreisrat Buhl erinnert an seine Ausführungen im letzten Jahr, wonach die ambitionierten Ziele, was die Zeitfenster für die Beruflichen Schulen in Neusäß und das Gymnasium in Diedorf angehe, nicht eingehalten werden konnten, so dass erhebliche Investitionen auf die Folgejahre verschoben werden, dass dies mit Baukostensteigerungen verbunden sein und dass man dies schon bei den Haushaltsreden im nächsten Jahr erfahren werde. Heute sei man bei dieser Haushaltsrede, und dies sei mehr als schmerzhaft eingetreten.

Die Baumaßnahmen des Landkreises seien nicht gerade vom Glück begünstigt und hätten kostenmäßig schwindelerregende Höhen erreicht. Alle Erhöhungen seien mehr oder weniger nachvollziehbar, aber dennoch auch zum Teil sehr ungewöhnlich, wenn man an den Wechsel des Architekturbüros bei den Beruflichen Schulen denke. Dies sei heute schon in einigen Haushaltsreden Thema gewesen. An dieser Stelle werde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass dieser Wechsel den Landkreis sehr teuer zu stehen gekommen sei. Allein der neue Abrechnungsmodus des neuen Büros sowie die doppelte Zahlung für die Leistungsphase 4 würden mehrfach sechsstellig zu Buche schlagen. Bauleute wie Kollege Wittmann würden sich über solche Summen über die Maßen ärgern, da bei Handwerkern geringste begründete Erhöhungen beanstandet und abgezogen würden. Je höher die Summen, desto leichter würden Steuermittel fließen.

Leider gebe es im Bauausschuss dazu nicht genügend Widerstand, vielleicht auch, weil es nicht das eigene Geld sei. Kreisrat Buhl erklärt, er könne nur an die Kollegen appellieren, hier künftig vielleicht noch etwas kritikfähiger zu werden. Sein Kollege Wittmann führe als erfahrener Baufachmann zu den Verteuerungen bei den Schulbauten aus, dass nicht wirklich der Passivhausstandard für die immense Kostenexplosion verantwortlich gewesen sei, wie

dies immer gerne vorgeschoben werde. Vielmehr sei es der grundlegende Entwurf gewesen, der mit Passivhaus und Kosteneffizienz nicht vereinbar sei. Dies hätte man bereits beim Wettbewerb bzw. bei der Beurteilung der Wettbewerbssieger sehen müssen. Sein Kollege habe im Januar vergangenen Jahres weiter dargelegt, dass nach der dann geänderten Konzeption eine wirtschaftliche Umplanung notwendig gewesen wäre, sich dafür aber leider keine Mehrheit gefunden habe. Es sei einfach der Fehler gemacht worden, eine herkömmliche Planung in Passivhausstandard umzuschichten. Dies musste kostenmäßig scheitern.

Vor einigen Jahren stellte die FDP/ödp-Fraktion einen Antrag, auch Holz als Baustoff für Schulbauten zuzulassen. Nachdem das Gymnasium immer als zu teuer deklariert wurde, habe sich gezeigt, dass es nun die Holzbauweise gewesen sei, die Verteuerungen in fast allen anderen Gewerken wieder aufgefangen habe, nachdem die Verwaltung gerade den grundlegenden Entwurf über 1 Mio. € höher angesetzt hatte. Damit habe sich diese Bauweise als ökologisch und ökonomisch richtig erwiesen.

**Landrat Sailer** verweist auf die vorhandene Öffentlichkeit und bittet Kreisrat Buhl deshalb darum, gewisse Dinge so zu formulieren, dass keine Rückschlüsse auf entsprechende Vergaben gemacht werden können. Kreisrat Buhl habe vorhin die Leistungsphasen erwähnt. Dies sei grenzwertig.

**Kreisrat Buhl** meint, dies sei auch der einzige Hinweis, der vielleicht grenzwertig sein könnte und fährt mit seinen Ausführungen fort. Die dem Kreistag jetzt bekannten Investitionen würden bald durch weitere – man denke an das Gymnasium in Gersthofen, das Parkhaus im Landratsamt und das Gymnasium in Neusäß – weiter anschwellen. Hier gelte es jetzt, Zeitraster mit Augenmaß und politischem Mut zu finden, die den Maßnahmen gerecht würden, aber die Leistungsfähigkeit des Landkreises nicht überfordern.

Personalkosten seien immer ein Thema, in dem man Kritik an der einen oder anderen Stelle oder weiteren Leistungen üben könne. Bei diesen Beratungen zum Haushalt habe man wiederum feststellen können, dass die Verwaltung alles unternommen habe, größtmögliche Offenheit zu schaffen. Soweit man es mit verfolgt habe, seien alle Entscheidungen im Personalausschuss einstimmig erfolgt, wenn denn auch alle anwesend gewesen seien. Pauschalverdächtigungen unter dem Slogan, dass die Personalkosten genau überprüft werden müssten, höre man immer wieder, so Kreisrat Buhl. Er fühle sich gut informiert und habe mit der Verwaltung offene Fragen geklärt.

Bei dieser Gelegenheit habe man ohne Wenn und Aber den Hilferuf der Verwaltung nach sofortiger personeller Aufstockung im Asylbereich unterstützt und eine zusätzliche Stelle zur Abwendung größter Engpässe in diesem Bereich geschaffen. Im Mittelpunkt stünden zunächst die betroffenen Menschen. Dies sei bei der Entscheidung wichtig gewesen und solle hier auch herausgestellt werden. Den Freistaat müsse man aber als zuständige Stelle angesichts seiner völlig unzureichenden Hilfestellung schonungslos an den Pranger stellen. Es gereiche einem Verantwortlichen – in diesem Fall dem Freistaat – nicht zur Ehre, seine Zuständigkeiten einfach an die kreisfreien Städte und Landkreise weiterzureichen und sich dann friedlich zurückzulehnen und zu sagen, dass die Sache am Laufen und geregelt sei. Schätzungen zufolge entstünden dem Landkreis für Leistungen, die der Staat zu erbringen hätte, Aufwendungen von jährlich mindestens 400.000 €, mit steigender Tendenz. Der Kreisausschuss habe den Landrat gebeten und aufgefordert, diese Leistungen dem Freistaat in Rechnung zu stellen. Es bleibe abzuwarten, was passieren werde. Zumindest müsse man einmal Flagge zeigen.

Kreisrat Buhl teilt mit, die schwarz-gelbe Bundesregierung habe dankenswerter Weise Wort gehalten, wie er dies in der vergangenen Haushaltsrede vorausgesagt habe und die Grundversicherung zu 100 % übernommen. Dies mache für den Landkreis 1 Mio. € im Jahr aus. Dies

sei ein gutes und richtiges Signal für den Haushalt des Landkreises und auch für die Kommunen.

Erfreulich seien wieder die Ergebnisse der Krankenhäuser, ob Klinikum oder Wertachkliniken. Hier sage man den Verantwortlichen wie auch dem Verwaltungsrat herzlichen Dank. Der Umbau des Klinikums zu einer Uniklinik werde auch im Landkreis gewaltige Auswirkungen haben und müsse sehr sensibel im Einklang mit allen Beteiligten – sei es in der Pflege, der Medizin, der Verwaltung oder in der Notfallversorgung –, aber natürlich auch auf der politischen Bühne auf den Weg gebracht werden.

Beim ÖPNV seien verbesserte Infrastrukturen anzumerken, ob in Einheitlichkeit der Busse, Wind- und Wetterschutz und bestmögliche Sicherheit an Haltestellen, ob AVV oder Schülerbeförderung und andere Maßnahmen, die die Akzeptanz erhöhen müssen. Durch die zusätzlich gewonnenen Fahrgäste sollte das Defizit in diesem Bereich, das über 6 Mio. € liege, deutlich verbessert werden können. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sei existentiell vom Schienentakt abhängig. Ohne diesen verlässlichen Viertelstundentakt brauche man keine Fortschreibung. Bei der Fortschreibung müsse man auch abgelegene Teile des Landkreises gut bedienen. Die Staudenbahn könnte dazu ein wichtiger Baustein sein. Leider fehle seiner Fraktion ein Ausblick auf die wichtige Anbindung der Straßenbahn nach Königsbrunn. Hieran müsse noch dringend gearbeitet werden. Dies sei heute ja schon in anderen Reden thematisiert worden.

Erfreulich registriere man die Einstellung von Mitteln für die Ertüchtigung von Bushaltestellen, damit die Kinder sicher und trocken zur Schule kommen. Im Verbund mit den Gemeinden sollte der gemeinsame Antrag der CSU- und FDP/ödp-Fraktion auch bewirken, dass die Visitenkarte des ÖPNV – nämlich ordentliche Haltestellen – mit dazu beitragen, das Defizit nachhaltig zu verringern.

Beim Thema Energiewerke habe der Kreistag ein enormes Betätigungsfeld, die Energiewende mit voranzubringen. Es gebe Ansätze, aber noch kein in sich gefestigtes und schlüssiges Gesamtkonzept. Der jetzt eingeschlagene Weg, sich auch mit externem Sachverstand beraten zu lassen, sei der FDP/ödp-Fraktion lieber als Schnellschüsse von selbsternannten Fachleuten. Es gelte weiter, die Rolle des Landkreises als Mediator, Vermittler, Ideengeber und Wegbereiter mit dem vorhandenen Personal zu übernehmen. Bundesweite Beispiele würden hier genügend Möglichkeiten aufzeigen. Für den Landkreis sei ein eng gesteckter rechtlicher Rahmen vorgegeben, weshalb die Möglichkeiten, Energie zu produzieren und zu verkaufen, sehr beschränkt seien. Zur Klarheit sollte man die Energiewerke vielleicht besser in „Energiemanagement“ umbenennen. Dies wäre treffender.

Was jetzt in verschiedenen Projekten angedacht sei, seien eigentlich Leistungen, die man auf dem freien Markt käuflich erwerben könne. Dies sollte nicht Aufgabe der öffentlichen Hand und schon gar nicht Aufgabe des Landkreises sein. Man müsse sehr aufpassen, dass man hier nicht in eine falsche Richtung diskutiere.

An dieser Stelle müsse man aber auch dem Freistaat – im Fußballjargon würde man sagen – die rote Karte für eine grob fahrlässige Zickzack-Politik in der Energiewende zeigen. Was für unsinnige Entscheidungen im Bereich der Energieerzeugung, wie z. B. 10 h für Windräder – getroffen wurden, gehe nicht auf die sprichwörtliche Kuhhaut. Man erlebe derzeit eine kopflose Anbieterungs- und Gefälligkeitspolitik, die den Herausforderungen der Zeit nicht im Ansatz gerecht werde. Hier müsse schnell gehandelt werden, damit nicht Arbeitsplätze im großen Stil aus dem Landkreis abwandern. Es sei das Eingreifen aller Abgeordneten nötig, um Unheil nicht nur für den Landkreis, sondern für ganz Bayern abzuwenden.

Die FDP/ödp-Fraktion stehe – noch – zur Messe Augsburg. Überlegungen der Stadt Augsburg, den Landkreis entgegen des seinerzeit geschlossenen Beteiligungsvertrages künftig auch an Investitionen und auflaufenden Betriebskostendefiziten zu beteiligen, lehne die FDP/ödp-Fraktion strikt ab.

Eine erfreuliche Entwicklung im Bereich der Schulen sei die Einrichtung von Budgets und dafür mehr Entscheidungsfreiheit der Schulen selbst. Dieser liberale Ansatz – auch selbstverantwortliche Schule genannt – werde sicherlich für beide Seiten ein Gewinn sein. Bei der Beschaffung von Whiteboards sollte der Zufriedenheitsgrad der Schulen erreicht sein. Weitere sollten angesichts der fast monatlich wechselnden neuen Angebote der Elektronik- und IT-Branche nicht mehr zusätzlich beschafft werden. Kreisrat Buhl erinnert bei dieser Gelegenheit an die neu aufkommenden Wünsche nach Tablet-Klassen. Man werde sicherlich nicht immer auf dem Stand der Technik mitfinanzieren können.

Die Sanierung des Schwimmbades im Gymnasium Königsbrunn unter Beteiligung der Stadt Königsbrunn sei die wirtschaftlichste Möglichkeit für beide Gebietskörperschaften, weshalb es dafür uneingeschränkte Zustimmung gebe.

Der Betriebskostenzuschuss für das Museumskleinod Oberschönenfeld sei im Landkreishaushalt spürbar, aber im Vergleich zu einem eigenen Museum sicher als sehr wirtschaftlich zu bezeichnen. Die Errichtung des neuen Besuchereingangsbereiches – der ehemalige Schafstall – sei sehr gelungen und ansprechend. Die Leistungen für die Volkshochschule Augsburg Land, die der Landkreis auch für Kommunen im Rahmen der Pflichtaufgaben übernehme, seien ein wichtiger Baustein in den Gemeinden und würden auch sehr gut angenommen. Auch hier werde die notwendige personelle Aufstockung von der FDP/ödp-Fraktion mitgetragen.

Die von allen Fraktionen gewünschte Errichtung einer FOS im Süden werde wohl – so selbstehrlich müsse man schon sein – wieder an den Einschreibezahlen scheitern. Dies sei schade, denn dies hätte dem Landkreis sicher gut zu Gesicht gestanden. Man müsse es aber auch akzeptieren, wenn die Einschreibezahlen nicht nach oben gebracht werden können.

Zum Dienstgebäude des Landratsamtes stellt Kreisrat Buhl fest, der Landkreis habe in den letzten Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen mit der Konsequenz, dass die vorhandenen Büroflächen nicht mehr ausreichen. Auch das Parkdeck im Innenhof sei sanierungsbedürftig bis hin zum Abriss. Planungsmittel seien eingestellt. Im Laufe des Jahres sollten Entscheidungen über das weitere Vorgehen getroffen werden. Auf Büroeinmietungen in weiteren Außenstellen sollte der Landkreis verzichten und im Verbund mit dem Innenhof-Parkdeck eine intelligente Erweiterung der Büros angehen. Einen entsprechenden Antrag dazu habe die FDP/ödp-Fraktion vorgelegt. Allein die Wertschöpfung in einem Filetgrundstück der Augsburg City direkt am Bahnhof spreche für diese Überlegungen.

Der Haushalt sei ausgeglichen. Dass dem so sei, sei auch der engagierten guten Arbeit der Beschäftigten des Landratsamtes wie auch der Landkreistöchter zu verdanken. Dafür gelte an dieser Stelle ein herzlicher Dank der FDP/ödp-Fraktion. Knappe Kassen würden auch die Chancen beinhalten, alte Strukturen zu verlassen und Neuausrichtungen anzugehen. Der Landkreis könne seine Grenzen neu abstecken und die Effizienz und Bezahlbarkeit seiner Wünsche neu definieren. Hier sei man auf einem guten Weg, weshalb dem Haushalt 2014 in der vorgelegten Fassung zugestimmt werde.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitzer** kommt auf den Hinweis der CSU-Fraktion zur finanzierbaren Energie und zum Missmanagement zurück. Sie dürfe daran erinnern, dass große Teile des Missmanagements von Seiten der CSU kommen. Man setze sich gegen die Gleichstromtrasse ein. Zugleich habe man aber Abgeordnete hier sitzen, die den Kohlestrom befördern, was Gleichstromtrassen vielleicht notwendig mache. Dies sei schade. Jemand, der im Kreistag sitze und für die Themen des Landkreises kämpfe, sollte im Blick haben, dass dann im Bund oder im Land nicht dagegen gekämpft werde.

### Beschluss:

Der Kreistag beschließt die diesem Beschluss beiliegende Haushaltssatzung 2014. Der Haushaltsplan und Stellenplan 2014 samt Anlagen sowie der Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017 sind Bestandteil dieses Satzungsbeschlusses.

Mit der zusätzlichen Rücklagenzuführung soll die vorhandene Sonderrücklage aufgestockt werden mit dem Zweck, für die ab 2012 entstehende Neuverschuldung zeitnah Tilgungen zu ermöglichen. Die Rücklage ist in den kommenden Jahren weiter aufzubauen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 4</b>	<b>Augsburger Verkehrsverbund GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrags Vorlage: 14/0039</b>
--------------	--

Anlagen:

1. Synopse Gesellschaftsvertrag AVV
2. Gesellschaftsstruktur des AVV

### Sachverhalt:

Die Augsburger Verkehrsverbund GmbH (AVV) wurde zum 01.07.1985 gegründet. Aus dieser Zeit stammt auch der bis heute gültige Gesellschaftsvertrag (siehe Spalte 1 der in Anlage 1 beigefügten Synopse). Der nun vorgelegte neue Gesellschaftsvertrag (Spalte 2 der Synopse) greift die seit dem Jahr 2002 laufenden Gespräche zur Umstrukturierung der Gesellschaft und zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags auf.

Hierbei werden auch die seit 1985 erfolgten gesetzlichen Veränderungen verarbeitet. Die Änderungen europarechtlicher Vorgaben (insbesondere Verordnung (EG) 1370/2007), aber auch Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes geben Anlass, die Gesellschaft als reinen Aufgabenträgerverbund zu konsolidieren. Dies deckt sich mit den Grundsatzentscheidungen der Aufgabenträger der letzten Jahre (z. B. Beschlussfassung des Kreis Ausschusses vom 24.06.2013 zur Ausschreibung der Regionalbuslinien), den AVV wieder stärker in Richtung eines reinen Aufgabenträgerverbundes zu entwickeln.

Der derzeitige Gesellschaftsvertrag des AVV bildet dies nicht bzw. nur unzureichend ab.

Daher ist nach Ansicht des AVV und seiner Gesellschafter der Gesellschaftsvertrag anzupassen. Dabei orientiert sich der neue Gesellschaftsvertrag an einer Struktur mit Gesellschafterversammlung und einem durch die Gesellschafter zu besetzenden Aufsichtsrat. Dieser umfasst erstmals auch durch Stadtrat bzw. Kreistag zu besetzende Aufsichtsratsmandate.

Diese Gesellschaftsstruktur ermöglicht innerhalb der Gesellschaft einfachere und klarere Entscheidungswege und stärkt den Einfluss der für den öffentlichen Personennahverkehr zuständigen Gebietskörperschaften.

Als Gremium zur Einbeziehung der Verkehrsunternehmen wird ein Verbundrat eingerichtet.

Darüber sind im größeren Umfange auch weitere Aktualisierungen sowie die Umsetzung der Euro-Umstellung durchzuführen. Zur Betragsglättung soll eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt 35,41 € durchgeführt werden. Der rechnerische Anteil des Landkreises Augsburg beträgt 8,86 €. Weitere finanzielle Auswirkungen sind aus der Neufassung des Gesellschaftsvertrags nicht zu erwarten, da die bisherige Finanzierungsstruktur des AVV nicht verändert wird.

Der Entwurf ist synoptisch dem bisherigen Gesellschaftsvertrag gegenübergestellt (siehe Anlage 1). Als Anlage 2 ist eine Übersicht über die neue Gesellschaftsstruktur mit den Unternehmensgremien beigefügt.

Die Gesellschafterversammlung hat den Gesellschaftsvertragsentwurf inklusive der neuen Gesellschaftsstruktur und der Kapitalerhöhung im Rahmen der Euro-Anpassung in der 99. Gesellschafterversammlung am 26.11.2013 gebilligt.

Der neue Gesellschaftsvertrag wurde am 17.12.2013 von Notar Paul Michelfeit, Augsburg, vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Kreistages bzw. des Stadtrates notariell beurkundet. Der neue Gesellschaftsvertrag soll mit der Eintragung im Handelsregister, frühestens jedoch am 01.05.2014 in Kraft treten, sodass die Benennung/Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder in der neuen Legislaturperiode erfolgt.

Der Kreisausschuss hat die Änderung des Gesellschaftsvertrags und die Kapitalerhöhung in der Sitzung am 03.02.2014 beraten und empfiehlt dem Kreistag, dem neuen Vertrag zuzustimmen.

**Herr Dr. Michale** erläutert den Sachverhalt.

**Kreisrätin Jung** meint, es sei sehr bedauerlich, dass sich eine Aufstockung des Gremiums nicht durchgesetzt habe, da damit die Spiegelbildlichkeit wieder nicht gegeben sei, die eigentlich vorhanden sein sollte. In den Ausschüssen verteile man die Sitze nach Hare-Niemeyer, in den Zweckverbänden und Aufsichtsräten jedoch nicht.

### Beschluss:

Auf Empfehlung des Kreisausschusses fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der Satzungsänderung auf Basis des als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrags in der am 17.12.2013 notariell beurkundeten Form zu.
2. Der Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft wird zugestimmt. Die für die anteilige Erhöhung notwendigen Mittel in Höhe von 8,86 € werden bereitgestellt.
3. Notwendige Modifikationen, die vor einer Eintragung im Handelsregister erforderlich werden, können ohne erneute Vorlage vorgenommen werden, sofern die satzungsmäßig vorgesehenen Rechte und Zuständigkeiten der Unternehmensorgane hiervon unverändert bleiben.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	57
Nein-Stimmen:	2



**TOP 5 Bekanntgabe von dringlichen Anordnungen**

Herr Püschel gibt folgende dringlichen Anordnungen bekannt:

- Einrichtung einer zentralen Taktisch-Technischen Betriebsstelle bei der Integrierten Leitstelle Augsburg;  
Aufgabenübertragung auf den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehr-  
alarmierung Augsburg
- Bewilligung überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für die Büromöblierung  
der Außenstelle Gersthofen

**TOP 6 Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

**TOP 7 Wünsche und Anfragen**

- keine -

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

---

Martin Sailer  
Landrat

---

Ulla Berger  
Verw.Angestellte

35. Sitzung des Kreistages 24.03.2014